

David, Berichterstatter: Die Kommissionsmehrheit empfiehlt Ihnen, dem Ständerat zu folgen und diese Differenz, die wir nun schon einige Zeit mit uns herumschleppen, zu erledigen und dem Arbeitsgesetz mit diesen Änderungen zuzustimmen.

Herr Gros Jean-Michel beantragt Ihnen als Sprecher der Kommissionsminderheit erneut, auf dieses Gesetz nicht einzutreten. Ich möchte auf seine Argumente eingehen.

Er führt an, mit diesem Gesetz würde keine Revitalisierung bewirkt. Das mag vielleicht so sein: Wenn er unter Revitalisierung Förderungsmassnahmen oder etwas Ähnliches versteht, dann hat er recht. Hingegen ist dieses Gesetz durchaus geeignet, technische und bürokratische Unterschiede, die wir im Vergleich zum europäischen Recht haben, zu beseitigen. Wie bei anderen Eurolex-Gesetzen, die wir im Swisslex-Paket wieder aufgenommen haben, geht es darum, die technischen und bürokratischen Unterschiede zu beseitigen.

Ich begreife nicht, wieso Herr Gros, der sich als «Europäer» bezeichnet, in dieser Sache Widerstand anmeldet. Der Abbau der technischen und bürokratischen Unterschiede ist so oder so eine vernünftige und kluge Massnahme, unabhängig davon, in welcher Weise wir uns Europa annähern. Wer meint, die Schweiz müsse ihre Identität, ihre Selbständigkeit und ihre Vitalität auch in bürokratischen Unterschieden, in technisch differenzierten Vorschriften, beweisen, liegt meiner Meinung nach falsch.

In diesem Sinne, Herr Gros, führen Sie die Auseinandersetzung unter einem falschen Titel. Wenn schon, dann hätte man diese Auseinandersetzung allenfalls beim Arbeitsvertrag (OR) führen können. Unser Rat hat aber in der vergangenen Woche unter der genau gleichen Perspektive dem Arbeitsvertrag (OR) zugestimmt und dieses Geschäft erledigt. Es wäre absolut inkonsequent, jetzt, beim letzten und praktisch kleinsten technischen Geschäft, dieses Prinzip noch zu thematisieren.

Aus diesen Gründen empfehle ich Ihnen, sich dem Ständerat, der dieses Geschäft in der vorliegenden Fassung ohne Diskussion und ohne Opposition gutgeheissen hat, anzuschliessen und den Nichteintretensantrag der Minderheit Gros Jean-Michel abzulehnen.

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Je ne vais pas monter héroïquement aux barricades et affirmer que ce projet est la clé de voûte de législations nouvelles et futuristes pour notre pays tout entier, car il ne s'agit pas d'un gros projet. Il s'agit d'un tout petit projet qui a pour lui de nous permettre l'eurocompatibilité à bon marché. Je veux dire par là que ce projet n'entraînera aucun frais supplémentaire pour nos entreprises, que la plupart d'entre elles ont déjà réalisé le contenu même de ce projet, et qu'il ne s'agit dès lors que d'un «toiletage», en quelque sorte, de notre législation. Mais, par la forme qu'il revêt, ce toiletage est un élément supplémentaire parmi beaucoup d'autres qui nous permet, là encore, de gommer des différences inutiles et, par conséquent, de faciliter les ponts entre la Suisse et ses partenaires les plus importants, les pays membres de la Communauté et de l'Espace économique européen.

Je ne vous propose dès lors pas de tirer au canon contre une mouche, mais d'être tout simplement raisonnables et mesurés, en suivant le sage Conseil des Etats et en créant ainsi une compatibilité facile dans notre recherche constante de ces eurocompatibilités partout où elles peuvent être trouvées, sans douleur, et cette fois-ci sans aucun frais pour notre économie. Oui, Monsieur Gros Jean-Michel, c'est aussi de la revitalisation que d'aller dans cette direction et d'éviter sous tout prétexte des différences de base légale entre nos entreprises et celles de leurs premiers concurrents en Europe.

Abstimmung – Vote

Für den Antrag der Mehrheit	78 Stimmen
Für den Antrag der Minderheit	47 Stimmen

Detailberatung – Discussion par articles

Titel und Ingress, Ziff. I, II

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Titre et préambule, ch. I, II

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

Für Annahme des Entwurfes	78 Stimmen
Dagegen	49 Stimmen

An den Ständerat – Au Conseil des Etats

93.3387

Dringliche Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion Gatt-Verhandlungen.

Oekologische und soziale Interessen

Interpellation urgente du groupe démocrate-chrétien Intérêts écologiques et sociaux dans les négociations du Gatt

Wortlaut der Interpellation vom 20. September 1993

Die CVP fordert den Bundesrat auf, seine Position auf die abschliessenden Verhandlungsrunden hin nochmals gründlich zu überprüfen und seine Haltung dem Parlament darzulegen. Die CVP ist der Auffassung, dass der Bundesrat die ganzheitlichen Interessen der Schweiz im Auge behalten muss. Einerseits ist die schweizerische Volkswirtschaft zur Erhaltung ihres Produktionsvolumens sowie zur Sicherung bestehender Arbeitsplätze und zur Schaffung neuer auf offene und zuverlässige geregelte Weltmärkte angewiesen. Aber ebenso hat die Schweiz ein Interesse daran, über genügenden politischen Handlungsspielraum in mehr binnenorientierten Bereichen, wie der Umwelt- und Agrarpolitik, zu verfügen.

Die CVP verlangt vom Bundesrat, dass er insbesondere dafür kämpft, dass die politischen Absichten von Rio nicht den handelspolitischen Interessen untergeordnet werden. In den Verhandlungen über das Agrardossier verlangt die CVP, dass sich der Bundesrat insbesondere für Ausnahmen im Milchsektor stark macht. Es muss verhindert werden, dass die schweizerische Milchwirtschaft wegen der Ergebnisse in den Gatt-Verhandlungen Marktanteile verliert.

Texte de l'interpellation du 20 septembre 1993

Dans la perspective de la dernière phase des négociations, le PDC demande au Conseil fédéral de réexaminer minutieusement sa position et de l'exposer au Parlement.

Le PDC est d'avis que le Conseil fédéral doit prendre en considération l'ensemble des intérêts de la Suisse. D'une part, l'économie suisse est tributaire de marchés internationaux ouverts et sûrs si elle entend maintenir son volume de production, assurer les emplois existants et en créer de nouveaux. D'autre part, la Suisse a également un intérêt à conserver une marge d'action politique suffisante dans certains domaines plus spécifiquement nationaux, tels l'environnement et l'agriculture.

Le PDC exige du Conseil fédéral qu'il lutte pour que les intentions politiques exprimées à Rio ne cèdent pas le pas aux intérêts de la politique commerciale. Dans les négociations sur le volet agricole, le PDC demande que le Conseil fédéral fasse particulièrement entendre sa voix en vue d'obtenir des exceptions dans le secteur laitier. Il convient d'éviter que l'économie laitière suisse perde des parts de marché à l'issue des négociations du Gatt.

Sprecher – Porte-parole: Hess Peter

Schriftliche Begründung

Die Urheber verzichten auf eine Begründung und wünschen eine schriftliche Antwort.

Développement par écrit

Les auteurs renoncent au développement et demandent une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 4. Oktober 1993

Die schweizerische Landwirtschaft ist eine tragende Säule unserer Gesellschaft und ein wichtiger Teil der Volkswirtschaft. Der Bundesrat ist sich der Bedeutung des Gatt und seiner möglichen Auswirkungen besonders auf die Landwirtschaft voll bewusst. Während der gegenwärtigen, entscheidenden Verhandlungsphase hat er seine Anstrengungen verstärkt, die sich abzeichnenden Resultate noch zusätzlich zu verbessern. Er setzt sich namentlich für die Verankerung des Multifunktionalitätsprinzips im Gatt ein.

1. Die Uruguay-Runde, an der sich die Schweiz und weitere 115 Länder beteiligen, dauert seit 1986. Das Hauptziel dieser Verhandlung ist die Verstärkung des multilateralen Handelssystems. Angesichts der Globalisierung der Weltwirtschaft und der regionalen Wirtschaftsintegration in Europa, Amerika und Asien ist dies von besonderer Bedeutung. Nur ein starkes, in einem rechtlich präzisen und voraussehbaren Rahmen eingebettetes Handelssystem wird die in der Vergangenheit so schädliche Marktzersplitterung verhindern können. Die achte Gatt-Verhandlungsrunde (seit 1947) strebt zudem eine weitere Etappe der schrittweisen Marköffnung an. Die Verhandlung betrifft die klassischen Gatt-Themen wie Zollerfahrungen und nichttarifäre Massnahmen, ferner die Sektoren, welche der Anwendung der Gatt-Regeln bisher weitgehend entzogen waren (Landwirtschaft, Textilien, Stahl), sowie die neuen Themen (Dienstleistungen, geistiges Eigentum und Investitionen). Es geht somit um eine globale, den Gesamtbereich der Aussenwirtschaftspolitik betreffende Verhandlung, welche sich auf alle Sektoren auswirken wird und die Interessen der Gesamtwirtschaft in Betracht zieht.

2. Jeder Verhandlungsteilnehmer ist an einer Verstärkung des Systems und an einer Verbesserung der Marktzutrittsbedingungen für seine Exportprodukte interessiert. So auch die Schweiz, welche einen von zwei Franken aus ihren Aussenbeziehungen verdient. Schon seit dem Gatt-Beitritt unseres Landes im Jahre 1966 hat sich der Bundesrat selbstverständlich von den schweizerischen Gesamtinteressen leiten lassen. Die Flexibilität und die Progressivität der aus der Gatt-Mitgliedschaft entstehenden Verpflichtungen – ein Ausdruck der Zusammenarbeit zwischen Regierungen – sind Mittel zur stetigen Förderung der weltweiten Konvergenz zwischen nationalen Handelspolitiken, unter gleichzeitiger Wahrung der für die Entwicklung und Durchführung einer eigenständigen nationalen Landwirtschafts- und Umweltpolitik notwendigen Autonomie.

3. Der Bundesrat hat die schweizerische Haltung in den Gatt-Verhandlungen verschiedentlich dargestellt, so in den parlamentarischen Debatten über den Aussenwirtschaftsbericht und in den zuständigen parlamentarischen Kommissionen.

4. Die Schweiz hat die Gatt-Aktivitäten im Umweltbereich seit 1990 aktiv gefördert. Eine Arbeitsgruppe beschäftigt sich momentan mit der Frage der Berücksichtigung der Resultate des Weltgipfels von Rio in der künftigen Ausgestaltung des multilateralen Welthandelssystems. Ausserdem berücksichtigen, wie der Bundesrat in seiner Antwort auf die Interpellation Strahm Rudolf vom 7. Oktober 1992 (92.3425) bereits ausführen konnte, verschiedene Abkommensentwürfe der Uruguay-Runde umweltpolitische Anliegen (Landwirtschaft, Dienstleistungen, geistiges Eigentum, technische Handelshemmnisse). Der Bundesrat wird alles in die Wege leiten, um diesen neuen Tätigkeitsbereich des Gatt zu fördern, und macht sich die Idee zu eigen, das Thema Handel/Umwelt spätestens in der nächsten Runde zu verhandeln.

5. Im Landwirtschaftsbereich verhandelt der Bundesrat auf der Basis seiner Offerte vom 1. April 1992. Er hat nicht die Absicht, diese Offerte zugunsten eines einzigen Sektors abzuändern. Vor dem Verhandlungsabschluss werden allfällige Anpassungen aufgrund der globalen Landwirtschaftsinteressen vorgenommen werden müssen, dies unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung des Milchsektors für die schweizerische Landwirtschaft. Nach der Meinung des Bundesrates kann dieser Sektor die vorgenommenen oder bevorstehenden Reformen (erhöhte Bedeutung der Marktkräfte in der Produktion und Verteilung von Agrarprodukten) auch im Sinne einer Verteidigung oder Ausdehnung seiner Marktanteile in der Schweiz und im Ausland nutzen. Die Antwort auf die Interpellation Wyss William vom 15. Juni 1993 hat dem Bundesrat die Gelegenheit zur Darlegung seines diesbezüglichen Standpunkts geliefert.

Rapport écrit du Conseil fédéral du 4 octobre 1993

L'agriculture suisse est un des piliers de notre société et représente un facteur important de notre économie. Le Conseil fédéral est entièrement conscient des enjeux du Gatt et de ses répercussions potentielles, notamment sur les agriculteurs. Il multiplie, en cette phase cruciale de la négociation, ses efforts pour améliorer encore les résultats en discussion. Il s'engage notamment à ce que la multifonctionnalité de l'agriculture soit ancrée dans le Gatt.

1. La Suisse est, depuis 1986, engagée avec 115 pays dans la négociation du cycle de l'Uruguay. Cette négociation a pour objectif de renforcer les règles du système commercial multilatéral. Cet objectif est particulièrement important à la lumière de la globalisation des économies et des efforts d'intégration économique régionale en Europe, en Amérique et en Asie. Seul un système multilatéral fort, fondé sur des règles juridiques précises et prévisibles permettra d'éviter la compartimentation des marchés qui – dans le passé – a causé tant de préjudices. Les négociations du Gatt visent en outre à réaliser une nouvelle étape vers l'ouverture progressive des marchés, la huitième depuis 1947.

La négociation couvre les sujets traditionnels du Gatt (droits de douane, mesures non tarifaires), les secteurs pour lesquels l'application des règles du Gatt n'a pas fonctionné (agriculture, acier, textiles) et les domaines nouveaux (services, propriété intellectuelle et investissements). Il s'agit donc d'une négociation globale en matière de politique économique extérieure. Elle aura un impact sur tous les secteurs de l'économie et prend en compte les intérêts de l'ensemble de l'économie.

2. Chaque participant à la négociation a des intérêts dans le renforcement du système et dans l'amélioration des conditions d'accès au marché pour ses exportations. Il en est ainsi de la Suisse, qui gagne un franc sur deux grâce à ses relations économiques extérieures. Il va sans dire que le Conseil fédéral a toujours eu à l'esprit, depuis l'accession de la Suisse au Gatt en 1966, les intérêts de la Suisse dans son ensemble. La flexibilité et la progressivité des engagements à prendre au Gatt – expression de la coopération intergouvernementale – constituent les moyens pour favoriser une convergence à l'échelon mondial des politiques commerciales nationales, tout en sauvegardant une marge de manoeuvre suffisante pour développer et gérer à l'échelon national des politiques telles que la politique agricole et la politique de l'environnement.

3. Le Conseil fédéral a eu l'occasion de présenter la position suisse dans les négociations du Gatt, aussi bien dans le cadre de l'examen du rapport sur la politique économique extérieure, que dans les commissions pertinentes des Chambres fédérales.

4. La Suisse a été, depuis 1990, le promoteur d'une activité au Gatt dans le domaine du commerce et de l'environnement. Un groupe de travail examine actuellement comment tenir compte des résultats du Sommet de Rio dans le développement futur du système commercial multilatéral. De plus, les accords négociés dans le cadre du cycle de l'Uruguay (agriculture, services, propriété intellectuelle, obstacles techniques aux échanges) répondent d'ores et déjà à certaines préoccupations écologiques comme le Conseil fédéral a pu le relever

dans sa réponse à l'interpellation Strahm Rudolf (92.3425) du 7 octobre 1992. Le Conseil fédéral mettra tout en oeuvre pour développer cette nouvelle activité du Gatt et fait sienne l'idée de traiter du thème «commerce et environnement» dans un prochain cycle de négociation au plus tard.

5. En matière agricole, le Conseil fédéral négocie sur la base de son offre du 1er avril 1992. Il n'a pas l'intention de la modifier au profit d'un seul secteur de la production agricole. Avant la conclusion de la négociation, d'éventuels aménagements devront se faire en ayant à l'esprit l'intérêt global de l'agriculture, en tenant compte, bien entendu, de l'importance particulière du secteur laitier pour l'agriculture suisse. Il estime que ce secteur peut aussi profiter des réformes entreprises ou envisagées (plus grande place aux forces du marché dans la production et la distribution de produits agricoles) dans le but de préserver, voire développer ses parts de marché en Suisse et à l'étranger. La réponse à l'interpellation Wyss William du 15 juin 1993 lui a donné l'occasion de développer ce point de vue.

93.3300

Interpellation Wyss William

Gatt und Landwirtschaft

Gatt et agriculture

Wortlaut der Interpellation vom 15. Juni 1993

Nach einer Studie des Bundesamtes für Landwirtschaft wird sich der im Rahmen des Gatt-Abkommens beabsichtigte Abbau der internen Stützung und der Produktionsmengen massiv auf Einkommen und Struktur der schweizerischen Landwirtschaft auswirken.

Der Bundesrat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Ist die volle Kompensation des vorgesehenen Abbaus durch die Aufstockung von produkteunabhängigen Direktzahlungen in Betracht der angespannten Finanzlage des Bundes möglich?
2. Wenn nicht, wie gedenkt der Bundesrat das entstehende Einkommensmanko in der Landwirtschaft auszugleichen?
3. Lassen sich folgende im 7. Landwirtschaftsbericht verankerten Oberziele angesichts des mit einem Gatt-Abkommen sich beschleunigenden Strukturprozesses in der Landwirtschaft noch erfüllen:
– Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung;
– Sicherstellung der dezentralen Besiedlung;
– Pflege der Landschaft und Zurverfügungstellung eines intakten Erholungsgebietes?
4. Wenn nicht, wie sieht der Bundesrat vor, diesen im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegenden Aufgaben nachzukommen?
5. Wie lässt sich für den Bundesrat eine weitere Dezimierung der bereits auf 4,5 Prozent zusammengeschrunpften landwirtschaftlichen Bevölkerung mit den massiv angestiegenen Arbeitslosenzahlen vereinbaren?
6. Auch im Rahmen des vorgesehenen Gatt-Abkommens sollte die Schweiz in der Lage sein, eine eigene leistungsfähige Landwirtschaft aufrechtzuerhalten. Wie schätzt der Bundesrat die diesbezüglichen Möglichkeiten ein? Zum Beispiel vermehrte Marktzutritte im Ausland?

Texte de l'interpellation du 15 juin 1993

Une étude de l'Office fédéral de l'agriculture montre que la réduction des mesures de soutien interne et des quantités de production, envisagée dans le cadre de l'accord du Gatt, aura des conséquences considérables sur le revenu et la structure du secteur agricole suisse.

Le Conseil fédéral est prié de répondre aux questions suivantes:

1. Est-il possible, vu la mauvaise situation des finances fédérales, de compenser pleinement la réduction prévue en relevant les paiements directs non liés aux produits?
2. Si tel n'est pas le cas, comment le Conseil fédéral compte-t-il compenser la perte de revenu que connaîtra l'agriculture?
3. Vu que l'accord du Gatt est de nature à accélérer l'évolution structurelle de l'agriculture, sera-t-il encore possible d'atteindre les objectifs ci-dessous, qui figurent dans le 7e rapport sur l'agriculture:
– assurer l'approvisionnement en produits alimentaires;
– promouvoir une occupation décentralisée du territoire;
– entretenir le paysage et sauvegarder des zones de délalement?
4. Dans le cas contraire, que prévoit de faire le Conseil fédéral pour assurer l'accomplissement de ces tâches qui servent les intérêts de l'ensemble de notre économie?
5. Comment le Conseil fédéral concilie-t-il l'idée d'une réduction du nombre des agriculteurs, qui ne représentent déjà plus que 4,5 pour cent de la population, avec la forte hausse du chômage?
6. La Suisse devrait être en mesure, même avec l'accord prévu dans le cadre du Gatt, de maintenir un secteur agricole viable. Que pense le Conseil fédéral des possibilités d'atteindre cet objectif, par exemple en améliorant l'accès aux marchés étrangers?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Berger, Binder, Bühler Siemeon, Bürgi, Daepp, Hari, Kühne, Maurer, Müller, Rutishauser, Rychen, Schmied Walter, Seiler Hanspeter, Wanner, Wittenwiler (15)

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

Der Urheber verzichtet auf eine Begründung und wünscht eine schriftliche Antwort.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates

vom 1. September 1993

Rapport écrit du Conseil fédéral

du 1er septembre 1993

Aus der vom Interpellanten angesprochenen Studie des Bundesamtes für Landwirtschaft «Geschätzte Auswirkungen eines Gatt-Abschlusses auf die schweizerische Landwirtschaft» vom Mai 1993 geht hervor, dass die Ziele unserer Agrarpolitik gemäss 7. Landwirtschaftsbericht mit den vorliegenden Gatt-Vorschlägen vereinbar sind. Auf Massnahmenebene müssten dagegen verschiedene, zum Teil grundsätzliche Anpassungen vorgenommen werden, die in vielen Bereichen in dieselbe Richtung, streckenweise aber weiter gehen als die intern vorgesehenen Agrarreformen.

Der Bundesrat nimmt zu den sechs Fragen im einzelnen wie folgt Stellung:

1. Nach dem heutigen Stand der Gatt-Verhandlungen wäre eine volle Kompensation des Abbaus der produktegebundenen Stützung durch produkteunabhängige Direktzahlungen möglich, falls letztere den Kriterien der nicht abbaubaren Subventionen (sogenannte grüne Kategorie) gemäss Abkommensentwurf der Uruguay-Runde entsprächen. Es handelt sich dabei um Massnahmen, die Produktion und Aussenhandel nicht oder nur minim tangieren. Die Schweiz hat in ihrer am 3. April 1992 beim Gatt eingereichten Agrarofferte mehr als 30 Massnahmen mit einem damaligen Budgetwert von über 1,5 Milliarden Franken als zur grünen Kategorie gehörend notifiziert. Die neuen Direktzahlungen gemäss Artikel 31a und 31b des Landwirtschaftsgesetzes sind in dieser Zusammenstellung noch nicht berücksichtigt, gehören jedoch eindeutig ebenfalls in die grüne Kategorie und sind damit Gatt-konform. Eine volle Kompensation des Abbaus der produktegebundenen Stützung durch Direktzahlungen ist dagegen aus innen- bzw. vorab finanzpolitischen Gründen nicht möglich.
2. Die Direktzahlungen stellen zwar ein notwendiges, aber kein hinreichendes Element für eine reformierte Agrarpolitik und die bäuerliche Einkommenssicherung dar. Kostensenkung, Strukturanpassung, vermehrte Marketing-Anstrengun-

gen und der Einbezug der vor- und nachgelagerten Stufen in die Revitalisierung bzw. Deregulierung sind daher für eine zukunftsgerichtete Landwirtschaft und Agrarpolitik ebenfalls von entscheidender Bedeutung. Wir verweisen auch auf das bundesrätliche 12-Punkte-Programm im 7. Landwirtschaftsbericht, dessen Realisierung zügig voranschreitet. Der Bundesrat wird jedoch allfällige Preissenkungen oder andere Abbaumassnahmen im Rahmen seiner finanzpolitischen Möglichkeiten mit Direktzahlungen kompensieren, soweit es die Existenz einer leistungsfähigen Landwirtschaft erfordert.

3./4. Der Bundesrat erwartet, dass die im 7. Landwirtschaftsbericht verankerten Oberziele auch nach einem Gatt-Abschluss erreicht werden können. Die Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung wird nicht gefährdet, da das Gatt keine grössere Abnahme des seit unserem Gatt-Beitritt (1966) von rund 55 Prozent auf 65 Prozent angestiegenen Selbstversorgungsgrades zur Folge haben wird. Dank der vorgesehenen grünen Kategorie von internen Stützungsmaßnahmen werden auch die Sicherstellung der dezentralen Besiedlung und die Landschaftspflege durch das Gatt nicht in Frage gestellt.

5. Zwischen dem Rückgang der landwirtschaftlichen Bevölkerung und dem Anstieg der Arbeitslosenquote besteht kein direkter Zusammenhang. Es ist vielmehr so, dass sich der Strukturwandel in der Landwirtschaft bei schlechter Wirtschaftslage mit hoher Arbeitslosigkeit verlangsamt – und umgekehrt. So hat die mittlere jährliche Abnahme der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft 4,1 Prozent von 1960 bis 1970 betragen, 1,9 Prozent von 1970 bis 1980 und 2,7 Prozent von 1980 bis 1990.

6. Die Politik des Bundesrates zielt dahin, dass auch nach einem Gatt-Abschluss eine eigene leistungsfähige Landwirtschaft im Sinne des Verfassungsauftrages aufrechterhalten werden kann. Mit den sowohl aus internen als auch aus externen Gründen eingeleiteten Agrarreformen haben wir Instrumente geschaffen, um den Einkommensausfall soweit wie nötig ausgleichen zu können. Weiter wird mit der Botschaft zur Revision des Milchwirtschaftsbeschlusses sowie mit der Einsetzung von drei Expertenkommissionen eine Revitalisierung bzw. Deregulierung angestrebt, welche der Landwirtschaft die Rationalisierung und Kostensenkung erleichtern soll. Diese Massnahmen sollen ihr, zusammen mit den neuen Direktzahlungen, erlauben, auch unter härteren Konkurrenz- und Wettbewerbsbedingungen zu bestehen und die Marktanteile im In- und Ausland halten bzw. erweitern zu können. Deshalb werden fairen Welthandelsregeln und einem effizienten Marketing in Zukunft noch grössere Bedeutung zukommen.

Abschliessend hält der Bundesrat fest, dass er sich bei den Gatt-Verhandlungen weiterhin für ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis einsetzen wird, das der Multifunktionalität der Landwirtschaft und namentlich auch den ökologischen Anliegen Rechnung trägt.

93.3056

Interpellation Darbellay

Gatt. Uruguay-Runde und Entwicklungspolitik

Gatt. Uruguay Round et politique de développement

Wortlaut der Interpellation vom 2. März 1993

Die Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde dürfen sich nicht auf die Politik der Liberalisierung der Handelsbeziehungen beschränken. Sie müssen auch mit flankierenden Massnahmen Bedingungen schaffen, die es allen Völkern und vor allem den Entwicklungsländern ermöglichen, einen Nutzen aus der Liberalisierung zu ziehen.

Ist der Bundesrat in diesem Zusammenhang bereit, sich nach den Grundsätzen des Gesetzes vom 19. März 1976 über die internationale Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe einzusetzen und in folgenden Punkten Änderungen zum Entwurf der Schlussakte zu beantragen:

1. Textilien

Der Textilbereich soll rascher als vorgesehen wieder den Gatt-Regeln unterstellt werden, so dass die am wenigsten entwickelten Länder spätestens in fünf Jahren einen substantiellen Nutzen daraus ziehen können.

2. Landwirtschaft

Die Entwicklungsländer sollen autonom und zeitlich unbeschränkt Massnahmen ergreifen dürfen, um ihre eigene Produktion zu fördern und die Nahrungsmittelversorgung sicherzustellen.

3. Marktzutritt

Nicht nur die Einfuhrzölle auf Rohstoffen, sondern auch auf den bearbeiteten Produkten aus Entwicklungsländern sollten spürbar herabgesetzt werden.

4. Geistiges Eigentum und Handels- bzw. Dienstleistungsinvestitionen

Anstatt den Entwicklungsländern nur längere Uebergangsperioden zuzugestehen, sollen sie selber in Funktion ihrer eigenen Entwicklungspolitik und der verschiedenen Phasen über die Liberalisierungsmassnahmen entscheiden können.

5. Autonome Liberalisierung

Das Gatt sollte den autonomen Liberalisierungsanstrengungen der Entwicklungsländer Rechnung tragen und ihnen dafür weitere Konzessionen anbieten.

6. Multilaterale Handelsorganisation (MTO)

Die Statuten der MTO sollten einen institutionellen Rahmen schaffen, der es ermöglicht, bei den nächsten Verhandlungen alle mit dem Handel zusammenhängenden Bereiche zu berücksichtigen (restriktive Handelspraktiken der Multinationalen, Umweltschutz, Internationalisierung der Kosten, Arbeitsbedingungen, Entwicklung, Technologietransfer usw.).

Wäre es auf der anderen Seite nicht angebracht, das Gatt würde die Ergebnisse für die Entwicklungsländer rasch evaluieren?

Texte de l'interpellation du 2 mars 1993

Les négociations commerciales de l'Uruguay Round ne doivent pas se limiter aux politiques de libéralisation des relations commerciales, mais elles doivent créer par des mesures d'accompagnement des conditions qui permettent à tous les peuples et en particulier aux pays en développement de tirer profit des effets de cette libéralisation.

Dans cette perspective, le Conseil fédéral est-il prêt à s'engager, selon les principes de la loi du 19 mars 1976 sur la coopération au développement et l'aide humanitaire internationales, en proposant des amendements au projet d'Acte final de l'Uruguay Round, sur les points suivants:

1. Textiles

La réintégration du secteur aux règles du Gatt devrait se faire plus rapidement, afin que les pays les moins avancés en particulier puissent en bénéficier d'une manière substantielle au plus tard dans un délai de cinq ans.

2. Agriculture

La prise de mesures autonomes par les pays en développement pour promouvoir leur production propre et assurer leur sécurité alimentaire devrait être autorisée sans limite dans le temps.

3. Accès aux marchés

Non seulement les droits de douane sur les importations de matières premières, mais aussi sur les produits transformés en provenance de pays en développement devraient être réduits d'une manière sensible.

4. Propriété intellectuelle et investissements liés au commerce/services

Le choix des mesures de libéralisation devrait être laissé aux pays en développement en fonction de leur politique de développement, des différentes phases, et non seulement par des étapes transitoires plus longues.

5. Libéralisation autonome

Le Gatt devrait tenir compte des récents efforts de libéralisa-

tion autonome des pays en développement et leur offrir en contrepartie des concessions compensatoires.

6. Organisation multilatérale du commerce (MTO)

Les statuts de la MTO devraient créer un cadre institutionnel qui permette, lors de prochaines négociations, de prendre en considération tous les domaines liés au commerce (pratiques commerciales restrictives des multinationales, protection de l'environnement, internationalisation des coûts, conditions de travail, développement, transfert de technologie, etc.).

Ne serait-il pas opportun, d'autre part, que le Gatt procède rapidement à une évaluation des résultats pour les pays en développement?

Mitunterzeichner – Cosignataires: Keine – Aucun

Schriftliche Begründung – Développement par écrit

L'auteur renonce au développement et demande une réponse écrite.

Schriftliche Stellungnahme des Bundesrates vom 19. Mai 1993

Rapport écrit du Conseil fédéral du 19 mai 1993

Le Gatt est un traité international dont les objectifs sont la promotion du bien-être, la pleine utilisation des ressources mondiales et l'accroissement de la production et des échanges de produits. Le Gatt n'est pas un accord de libre-échange. Les Etats membres du Gatt cherchent à réaliser les objectifs qu'ils se sont fixés par étapes. Les pays en développement (PED) bénéficient au titre du Gatt d'un traitement spécial et différencié depuis 1965, en vertu duquel ils disposent d'une certaine flexibilité en ce qui concerne les niveaux d'engagements auxquels ils sont appelés à souscrire et les modalités de mise en oeuvre de ces engagements.

Dans le cycle de l'Uruguay, lancé à Punta del Este le 20 septembre 1986, les PED ont joué pour la première fois un rôle actif dans la préparation et dans la négociation multilatérale. Dans le cadre du Round, les PED agissent au sein de plusieurs coalitions, notamment dans les secteurs des textiles et de l'agriculture. Dans tous les quinze thèmes de négociation, les PED ont obtenu des délais de transition plus longs pour la mise en oeuvre des résultats. Cela vaut particulièrement pour les pays les moins avancés (PMA), qui forment également une coalition spécifique dans le cadre de la négociation. Les résultats du Round, tels qu'ils se dessinent pour les PED, semblent conformes aux principes de la coopération suisse au développement. Il n'y a donc pas, dans ce domaine, une nécessité particulière d'agir pour le Conseil fédéral.

1. Textiles

La négociation est pratiquement terminée. Le délai de transition de dix ans qui a été retenu pour la réintégration du secteur textile dans le Gatt correspond à un compromis équilibré entre certains pays industrialisés et certains PED. Une réouverture de ce dossier augmenterait le risque d'aboutir à une période transitoire plus longue. Le projet d'accord sur les textiles comprend en outre des dispositions qui tiennent compte des situations particulières des pays les moins avancés.

2. Agriculture

La mise en oeuvre des résultats de la négociation agricole qui comprend aussi une diminution des subventions à l'exportation, devrait avoir un effet positif tant sur la production locale que sur les exportations de produits agricoles en provenance de PED. Le projet d'Acte final prévoit, dans ce domaine aussi, un traitement spécial et différencié en faveur de PED importateurs de produits agricoles et n'empêche aucunement les PED de prendre des mesures pour promouvoir leur production propre et pour assurer leur sécurité alimentaire.

3. Accès au marché

Pour les produits manufacturés, les PED bénéficient d'ores et déjà de droits préférentiels au titre du Système généralisé de préférences. Il s'agit toutefois de mesures autonomes de la part des pays développés. L'avantage principal des négociations d'accès au marché au Gatt pour les PED réside dans l'assurance contractuelle qu'ils obtiendront que les abaissements tarifaires des pays développés, de 33 pour cent en moyenne,

ne seront pas remis en cause, contrairement à ce qui pourrait être le cas pour ce qui est des régimes préférentiels.

4. Propriété intellectuelle, services, investissements

Les PED reconnaissent aujourd'hui l'importance d'un système multilatéral de règles en matière de propriété intellectuelle, de services et d'investissements liés au commerce. De plus, le développement d'une législation nationale conforme aux règles multilatérales du commerce constitue une étape importante vers l'amélioration des conditions-cadres d'investissement et de production. Il en résultera une augmentation de leur attrait comme place d'investissements. Dans le domaine des services, le cycle de l'Uruguay débouchera sur un accord qui rendra applicable à ce secteur les principes fondamentaux de l'Accord général et mettra à disposition des participants un instrument de libéralisation qui devrait permettre une ouverture progressive et ordonnée des marchés dans ce secteur. Dans le domaine des investissements également, les engagements résultant de la négociation devraient être adaptés au niveau de développement des participants.

5. Libéralisation autonome

Le cycle de l'Uruguay constitue une occasion pour les PED de transformer les libéralisations autonomes réalisées au titre de réformes internes en libéralisations contractuelles au titre du Gatt, en échange desquelles ils pourront obtenir des concessions de leurs partenaires.

6. Organisation multilatérale du commerce (MTO)

L'organisation multilatérale du commerce devrait avoir pour fonction d'assurer la gestion et l'évolution cohérente des 26 accords qui résulteront du cycle de l'Uruguay. Comme c'est déjà le cas aujourd'hui, les futurs programmes de négociation seront définis par les gouvernements participants à une négociation commerciale multilatérale et non pas par l'organisation elle-même. Les programmes en tant que tels doivent être adoptés par consensus. Des sujets tels que le commerce et l'environnement, les conditions de travail et les pratiques commerciales restrictives sont d'ores et déjà reconnus comme des sujets potentiels pour une nouvelle négociation, après la clôture de l'Uruguay Round.

7. Evaluation des résultats pour les PED

La Déclaration de Punta del Este prévoit qu'une telle évaluation devra se faire. Les participants y procéderont après la fin des négociations, mais avant la signature de l'Acte final. Nous en traiterons dans le message qui sera adressé aux Chambres fédérales après la clôture de la négociation.

Par ailleurs, le chef du DFEP abordera le sujet de l'influence des négociations du cycle de l'Uruguay sur les pays en développement dans le cadre de ses rapports périodiques aux Chambres sur l'avancement des négociations de l'Uruguay Round.

Hess Peter: Namens der CVP-Fraktion erkläre ich mich nicht befriedigt von der Antwort auf unsere Interpellation 93.3387, da sie keine neuen Elemente gegenüber den bisherigen Antworten enthält. Ich beantrage daher Diskussion.

Präsident: Herr Hess Peter beantragt Diskussion. – Sie sind damit einverstanden.

Hess Peter: Die CVP-Fraktion bekennt sich zu einer offenen Wirtschaftsordnung. Eine offene Wirtschaftsordnung ist für unser exportorientiertes Land von grösster Bedeutung. Wir setzen uns daher dafür ein, dass weltweit der kostspielige Protektionismus abgebaut wird. Ein erfolgreicher Abschluss der Gatt-Verhandlungen mit der vorgesehenen Ausweitung der Gatt-Regeln auf Dienstleistungen, Investitionen und geistiges Eigentum sowie unter Einbezug der Landwirtschaft und des Textilsektors, die bisher faktisch bzw. formell vom Gatt ausgenommen waren, ist für die CVP von hoher Priorität. Das gleiche trifft für das verbesserte Verfahren der Streitschlichtung zu.

In diesem Zusammenhang sind wir uns alle bewusst, dass auch für die schweizerische Landwirtschaft, für ihr Ueberleben, eine Neuausrichtung der Strukturen unabdingbar ist. Wir geben uns dabei Rechenschaft, dass der landwirtschaftliche Sektor in den meisten Industrieländern zu einem der am stärksten regulierten und subventionierten Wirtschaftsbereiche ge-

worden ist. Die dadurch hervorgerufenen Handelsverzerrungen haben bewirkt, dass im Landwirtschaftssektor praktisch keine internationale Arbeitsteilung gemäss den natürlichen Standortbedingungen mehr stattfindet.

Im Rahmen der Uruguay-Runde hat der Bundesrat am 3. April 1992 seine überarbeitete Agrarofferte eingereicht. Er liess sich dabei – wie er seither immer wieder betonte – von den Zielsetzungen des 7. Landwirtschaftsberichtes leiten: Sicherstellung der Nahrungsmittelversorgung, Sicherstellung der dezentralen Besiedlung sowie Pflege der Landschaft mit Zurverfügungstellung eines intakten Erholungsgebiets.

Noch in der Stellungnahme zur Interpellation Wyss William vom 1. September 1993 führte der Bundesrat aus, er werde sich bei den Gatt-Verhandlungen für ein ausgewogenes Verhandlungsergebnis einsetzen, das der Multifunktionalität und namentlich den ökologischen Anliegen Rechnung trage. So weit, so gut. Doch bei näherer Prüfung fällt auf, dass der Bundesrat seit der Präsentation der Agrarofferte vom 3. April 1992 keine neuen Akzente mehr gesetzt hat, obwohl er dazu mehrfach aufgefordert worden war. Im Gegensatz dazu haben andere Länder neue oder ergänzende Forderungen eingebracht. Die jüngsten Vorstösse Frankreichs sind ja noch taufisch.

Die CVP-Fraktion ist nicht der Illusion verfallen, dass das Vorabkommen von Blair House, das die globalen Agrarpositionen der USA und der EG festlegt, nochmals neu verhandelt werden könnte. Wir vertreten jedoch mit Nachdruck die Auffassung, dass im Rahmen der schweizerischen Agrarofferte Gewichtverschiebungen noch möglich sind, stehen die entscheidenden Schlussverhandlungen doch noch bevor.

In diesem Sinne fordern wir den Bundesrat auf:

1. am Verzicht auf Mengenreduktionen bei den Exportsubventionen für Milchprodukte festzuhalten;
2. nach Möglichkeit die Reduktion der internen Stützung für Milch unter 15 Prozent herabzusetzen.

Statt dessen könnten wir uns Kompensationen im Bereich der Marktzutrittsbarrieren vorstellen, denn eine zukunftsorientierte, dynamische Landwirtschaft wird sich ohnehin offenen Märkten stellen müssen und können. Auch wollen wir nicht vergessen, dass die Schweiz bereits autonome Vorleistungen erbracht hat; ich denke an die Milchkontingentierung oder an produktionslenkende Massnahmen im Hinblick auf Extensivierungen, die mit zusätzlicher Gewichtung in Rechnung gestellt werden müssten.

Herr Bundesrat, ich bin der Meinung, dass wir am Ende eines langwierigen Prozesses stehen, bedaure es aber, dass der Bundesrat, entgegen mehrfacher Zusicherungen, meines Erachtens noch nicht die letzten Trümpfe zugunsten unserer Landwirtschaft ausgespielt hat.

Ich bitte Sie, bei den nun bevorstehenden Schlussverhandlungen die geforderten Akzentverschiebungen vorzunehmen; dies in der Meinung, dass wir so zu einem ausgewogenen Gesamtergebnis kommen, das für unsere Volkswirtschaft insgesamt tragbar sein wird.

Wyss William: Dass die schweizerische Wirtschaft und ihre Unternehmen am Abschluss der Uruguay-Runde ein substantielles Interesse haben, versteht sich. Der Abschluss bringt der Industrie, dem Gewerbe und den Dienstleistungsbetrieben eine verbesserte Ertragskraft. Sie sollen international wettbewerbsfähiger werden.

Leider wurde bei der Vorbereitung der Uruguay-Runde das Agrardossier zu einseitig zugunsten der stark exportorientierten Agrarländer ausgearbeitet. Die grossen klimatischen Unterschiede, der Selbstversorgungsgrad und die gemeinschaftlichen Leistungen der inländischen Landwirtschaft wurden ungenügend berücksichtigt. Auf Druck der bäuerlichen Bevölkerung haben europaweit verschiedene Staaten diesbezüglich Korrekturen angemeldet. Auch unser Bundesrat hat beim Gatt auf die Multifunktionalität unserer Landwirtschaft hingewiesen und verlangt, dass die Abgeltung gemeinschaftlicher Leistungen der Landwirtschaft Gatt-konform sein solle.

Sollte nun ein Gatt-Abschluss inklusive Agrardossier in Aussicht gestellt werden, dann werden wir Landwirte, wie Sie ver-

stehen werden, diesem Abschluss nicht mit geschlossenen Augen entgegensehen können. Als Bauer und Bürger der Schweiz bin ich selbstverständlich an einem guten Gang der Wirtschaft interessiert, aber nur solange dies nicht auf dem Buckel einer kleinen Minderheit ermöglicht wird. Die Landwirtschaft akzeptiert Lösungen, wenn sie ihr nicht nur Nachteile bringen. Die hier aufgezeigte Problematik ist der Grund meiner Interpellation vom 15. Juni 1993.

Leider bringt das vorgeschlagene Agrardossier im Gatt-Abkommen Marktanteilverluste, was Kürzungen der Produktionsmengen, z. B. bei der Milch und beim Futtergetreide, zur Folge hätte. Heute suchen wir in der Agrarpolitik Lösungen, mit denen wir das internationale Preisgefälle ausgleichen könnten. Laut Lagebericht des Schweizerischen Bauernverbandes hat sich das bäuerliche Einkommen stark verschlechtert, und das bereits ohne Gatt. Um der Landwirtschaft überhaupt die Chance geben zu können, einigermaßen zu überleben, brauchen wir zusätzliche Mittel.

Im weiteren muss der Bundesrat alles daransetzen, dass der Landwirtschaft die heutigen Marktanteile erhalten bleiben. Neben der vorgesehenen Herabsetzung der Exportsubventionen im Gatt dürfen nicht auch noch die subventionierten Mengen reduziert werden. Seit der Uruguay-Runde von 1986 hat sich in bezug auf das Export-/Importverhältnis bei gewissen Agrarprodukten einiges geändert. Die vorgesehenen Marktzutrittsverpflichtungen gegenüber ausländischen Lieferanten müssen den heutigen Verhältnissen angepasst werden. Dies ist ein weiterer Grund, das Agrardossier zu überarbeiten.

In der Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation zeichnet sich ein Widerspruch ab. In seiner Antwort auf die Frage 1 gibt er zu, dass eine volle Kompensation des Abbaus der produktgebundenen Stützung durch Direktzahlungen aus finanzpolitischen Gründen nicht möglich sei. In der Antwort auf die Frage 2 verweist der Bundesrat auf das bundesrätliche 12-Punkte-Programm im 7. Landwirtschaftsbericht. In diesen 12 Punkten ist unter anderem die Zusicherung ergänzender Direktzahlungen zur Sicherung eines angemessenen Einkommens und zur Abgeltung der gemeinschaftlichen Leistungen ohne Vorbehalte enthalten.

In der Antwort auf die Frage 6 hält der Bundesrat fest, dass die neuen Agrarreformen der schweizerischen Landwirtschaft auch in Zukunft eine gute Ueberlebenschance ermöglichen. Ich hoffe, dies trifft auch zu.

Weil aus finanzpolitischen Gründen nur beschränkte Mittel für Ausgleichszahlungen zur Verfügung stehen, sind im Gatt unbedingt agrarpolitische Rahmenbedingungen auszuhandeln, die unseren Bauern weiterhin gute Marktchancen einräumen. Wir sind gezwungen, unter schweizerischen Verhältnissen zu produzieren. Unsere Betriebe unterstehen schweizerischen Kostenverhältnissen.

Mit der abschliessenden Bemerkung des Bundesrates bin ich einverstanden, und ich danke ihm für seine Anstrengungen, dass den gemeinschaftlichen Leistungen der Bauern, sprich Multifunktionalität, in Zukunft mehr Beachtung geschenkt wird.

Grundsätzlich bin ich mit der Antwort des Bundesrates auf meine Interpellation nicht befriedigt. Ich vermisse eine klare Strategie, wie er bei der gegenwärtigen Bundesfinanzlage die agrarpolitischen Reformen durchzuführen gedenkt. Strukturbereinigungen lösen die Probleme nicht. Wir brauchen geeignete Rahmenbedingungen.

M. Darbellay: Monsieur le Conseiller fédéral, votre réponse à mon interpellation du 2 mars ne me satisfait pas totalement.

Comme vous le dites très bien, le Gatt n'est pas un accord de libre-échange, mais c'est un traité international destiné à créer de meilleures conditions de commerce, et destiné par là, je vous cite: «à favoriser la promotion du bien-être». Il me semble que ceci est tout à fait normal et pour atteindre ce but, il ne s'agit pas d'éliminer toutes les barrières, il ne s'agit pas de supprimer toutes les digues. La loi du 19 mars 1976 nous fait obligation d'avoir le souci des pays en développement. Pour ces pays-là, le Gatt a une importance toute particulière. Vous donnez des réponses à mes questions, mais je trouve qu'il y a beaucoup de conditionnels et j'aimerais voir un certain nom-

bre de ces conditionnels se transformer en affirmations ou en indicatifs.

En ce qui concerne l'agriculture, par exemple, il est important que les pays en développement puissent protéger leurs propres produits de manière à pouvoir promouvoir une agriculture vivrière qui est de première importance pour eux.

Un souci également en ce qui concerne l'organisation multilatérale du commerce: effectivement, le Gatt est appelé à évoluer et il est important que, dans cette évolution, on tienne compte des pratiques commerciales restrictives des multinationales, qu'on tienne compte de l'environnement, en particulier du suivi de Rio, et qu'on tienne compte également des principes de la «good governance», de manière à ce que les droits des peuples soient respectés. Voilà, pour ce qui concerne le volet «pays en développement».

Nous avons aussi des territoires en développement chez nous, sans que je veuille faire de comparaisons. Il est évident que l'industrie tirera immédiatement profit du Gatt, par contre le problème de l'agriculture, on l'a déjà soulevé ici et on vous en parlera encore, est nettement plus délicat. Je pense, particulièrement, au secteur fruits et légumes qui était relativement bien protégé par le système des trois phases, même si celui-ci n'était pas parfait. Et il semble que ce système des trois phases serait – j'utilise aussi le conditionnel ici – condamné. Ceci est d'une importance considérable pour ce secteur. A mon sens, il est absolument indispensable de prendre des mesures sérieuses de compensation à l'intérieur du pays, et de prévoir des délais d'adaptation suffisamment longs et suffisamment souples, de manière que ce secteur ne risque pas de déperir. Il est également possible de prendre des mesures de politique agricole qui compensent la diminution de barrières douanières.

Je vous remercie d'avance pour les réponses que vous voudrez apporter à mes questions.

Stucky: Wenn wir das heutige Umfeld betrachten, müssen wir feststellen, dass die Position unseres Landes eindeutig schwieriger geworden ist. Die Blockbildung hat sich verstärkt, in Nordamerika mit der Nafta, in Europa mit der Ausweitung der EG. Im Fernen Osten laufen die Bestrebungen zum Ausbau der Asean, nachdem Australien ganz eindeutig seine Ausserpolitik weg von Europa, weg von den USA und hin zum Fernen Osten, zu seinen Nachbarn, ausrichtet. Sogar die Südamerikaner und die Afrikaner haben sich in den Verhandlungen über ein Kaffeeabkommen gefunden.

Der aktuelle Streit zwischen Frankreich und den USA zeigt, wie sich Auseinandersetzungen zwischen nationalen Politiken automatisch zu Reibungen zwischen den Blöcken ausweiten können. Die Entwicklung ist für Kleinstaaten besonders gefährlich, da die Grossen das Geschäft unter sich aushandeln können. Unsere Abhängigkeit vom Welthandel ist zudem besonders intensiv.

Nach der Ablehnung des EWR ist unsere Stellung verwundbarer geworden, ohne Rückendeckung seitens der Gruppe Efta/EG. Wir sind – kurz und bündig ausgedrückt – auf den Erfolg der Uruguay-Runde angewiesen. Ein Misserfolg würde den Rückfall in die Abschottung der Märkte bedeuten, die Liberalisierung im Dienstleistungssektor für lange Zeit aufs Eis legen und den seit langem geforderten Rechtsschutz für geistiges Eigentum verunmöglichen. Tangiert wäre also nicht allein unsere Industrie, sondern tangiert wären auch die Dienstleistungsunternehmen und weiter der Forschungsstandort Schweiz.

Wir bitten, diesen gesamtwirtschaftlichen Rahmen auch zu beachten, wenn wir uns der Landwirtschaft zuwenden. Deren Bedenken dürfen allerdings nicht leichtgenommen werden, insbesondere die Auswirkungen etwa im Ackerbau, wenn durch das Gatt-Abkommen Anbauflächen stillgelegt werden müssen. Die Schwierigkeiten in der Ueberproduktion im Milchsektor kennen wir nach der Diskussion der letzten Woche genügend, um zu wissen, dass nicht einfach auf Viehwirtschaft umgestellt werden kann. Der Entwicklung ihren Lauf zu lassen ist unserer Landwirtschaft ebenfalls nicht zumutbar, zumal sie in den letzten Jahren bereits eine Einkommenseinbusse hinnehmen musste. Es braucht also eine Abfederung der Gatt-Wir-

kungen mit Gatt-konformen Massnahmen. Ob die Direktzahlungen genügen, ist fraglich, zumal im Hinblick auf unsere leere Bundeskasse. Was gedenkt also der Bundesrat im Bereich der Abfederung zusätzlich zu tun?

Gleichzeitig müssen wir den Vertretern der Landwirtschaft auch sagen, dass sie mit staatlicher Hilfe nur dann rechnen können, wenn die übrige Volkswirtschaft gesund ist. Denn jeder Franken, der an sie als Subvention bezahlt werden kann, muss zuerst von der übrigen Volkswirtschaft verdient werden. Protestaktionen vor oder im Bundeshaus, wie wir sie bereits erlebt haben, sind fehl am Platz, zumal man das Vertragswerk in seinen Auswirkungen und in seiner endgültigen Fassung überhaupt noch nicht kennt. Es sei hervorgehoben, dass nicht nur unsere Bauern vom Gatt tangiert werden, sondern auch unsere Produktionsbetriebe und Dienstleistungsunternehmen, die ja eine grössere Konkurrenz erhalten, auch im Heimmarkt.

Wir halten es für selbstverständlich, dass unsere Verhandlungsdelegation den gegebenen Spielraum ausnützt, soweit sie das kann; dies um den Schwierigkeiten in der Urproduktion zu begegnen, auch wenn die Latte der Erwartung nicht allzu hoch gelegt werden darf. Das Wohl der Landwirtschaft liegt auch der FDP am Herzen; schliesslich weist ja unsere Fraktion die grösste Zahl von Bauern und Produzenten in der Urproduktion auf!

Was wir jetzt brauchen, ist eine klare Information, um den Abbau von Vorurteilen zu erwirken, aber auch ein gewisses Vertrauen in unsere Delegation. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir allerdings die Frage zu stellen, wie es eigentlich zu den Erklärungen von Herrn Bundespräsident Ogi gekommen ist, als er Premierminister Edouard Balladur in Paris besuchte und sich zum Blair-House-Streit äusserte, der uns ja nicht direkt berührt.

Hämmerle: Ich beschränke mich auf einen Aspekt des Gatt-Abkommens, die Landwirtschaft. Zwar ist das nur ein relativ kleiner Bereich des ganzen Komplexes, er gibt aber mit Abstand am meisten zu reden. Andere Fraktionssprecherinnen der SP werden über andere Problembereiche referieren.

Es gibt eine gängige Gleichung: Abschluss des Gatt-Abkommens in der heute bekannten Form gleich Katastrophe für die schweizerische Landwirtschaft. Es werden die wildesten Untergangsszenarien an die Wand gemalt. Wir haben da eine klar andere Auffassung:

Das Gatt verlangt von der Schweiz, dass sie die über uns hängende Käseglocke abbaut. Es geht vor allem um die unsägliche Käsesubventionierung, um die Lockerung von Einfuhrbeschränkungen und um die Reduktion von Exportsubventionen bzw. deren Umwandlung in Zölle. Milch und Käse seien die strategischen Erfolgsprodukte der schweizerischen Landwirtschaft, behaupten deren Lobbyisten. Es fragt sich nur, welcher Käse da gemeint ist: Einen würzigen Berg- oder Alpkäse mit Biolabel verkauft ein guter Vermarkter in Stuttgart locker für über 20 DM pro Kilo – ohne Gatt-widrige staatliche Stützungs-massnahmen. Der Emmentaler aber, von dem man nie ganz richtig weiss, ob es sich wirklich um Käse oder halt doch nur um Edelgummi handelt, ist nicht so einfach zu vermarkten. Das Gatt macht uns diese Tatsache sehr schmerzlich bewusst, das ist wahr; aber wir sehen nicht, was daran stossend sein sollte.

Gerade im Bereich der Landwirtschaft wird das Gatt-Abkommen den von uns durchaus erwünschten Reformprozess weiter beschleunigen. Die «green box» ermöglicht ökologisch begründete Direktzahlungen, sie ermöglicht eine marktkonforme Landwirtschaftspolitik. Man muss diese nur wollen.

Nach Ihren zaghaften Beschlüssen von letzter Woche zum Milchwirtschaftsbeschluss habe ich allerdings meine ernsthaften Zweifel, ob Sie das wirklich wollen. Ihr dauerndes Festhalten an der Mengenpolitik, an den grossen Mengen, wird sich eines Tages bitter rächen. Integrations- und handelspolitisch ist aus der Sicht der Landwirtschaft zu empfehlen: Ja zu einem baldigen Gatt-Abschluss unter Inkaufnahme von Ueber-schussmengenreduktion und Abbau von produktegebundenen Subventionen, ein Ja aber auch zu einem intelligenten neuen Anlauf für einen EWR-Beitritt, welcher gerade der Landwirtschaft viel bringen würde.

Es ist unsinnig, jetzt einen direkten Weg in die EG zu suchen, wenn man mit dem Gatt nicht mehr ein und aus weiss. Es ist unsinnig, liebe Bauernpolitiker, jetzt über das Gatt-Abkommen zu wettern, von dem Sie ganz genau wissen, dass es kommen wird. Es ist unsinnig und verantwortungslos, dies jetzt gegenüber den Bauern zu tun! Sie werden in Bälde zu den Bauern gehen und ihnen erklären müssen, dass man das Gatt-Abkommen abschliessen muss.

Die Strategie des Alleingangs und des Bilateralismus ist gerade für die Landwirtschaft verheerend. Dies gilt beim Gatt genauso, wie es hinsichtlich Europa gilt; dies sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

Baumann: Ich beschränke mich bei meinen Ausführungen auf den Agrarbereich der Gatt-Vorschläge. Frau Misteli wird die übrigen Themen behandeln.

Vor drei Jahren haben wir dem Bundesrat für seine Gatt-Politik ein Fuder Bio-Mist vor das Bundeshaus gekippt. Inzwischen scheint der Mist geführt, die Gatt-Verhandlungen scheinen kurz vor dem Abschluss oder – auch das ist möglich – kurz vor dem Scheitern zu stehen. Wir müssen jetzt Bilanz ziehen: Ist an den Gatt-Verhandlungen und im Bundeshaus in der Zwischenzeit etwas Brauchbares gewachsen? Ist die Gatt-Offerte der Schweiz akzeptabel?

Wir haben im Laufe der letzten Jahre Forderungen aufgestellt, um das Gatt sozial und ökologisch zu verpflichten. Dabei haben wir uns von folgenden vier Thesen leiten lassen:

1. Nahrungsmittel haben eine andere Qualität als übrige Handelswaren. Freier Handel für Grundnahrungsmittel kann kein Ziel sein; wenn schon Handel, dann fairer statt freier Handel. Die einseitige Ausrichtung der Bodennutzung auf kurz- und mittelfristige Gewinne führt zu Ueber- und Unternutzung. Ein Viertel der landwirtschaftlichen Nutzfläche der Erde gilt heute bereits als geschädigt – mit düsteren Aussichten auf die langfristige Ernährungssicherheit der Erdbevölkerung.

Die «green box» lässt nach Zusicherung des Bundesrates ökologische, produktionsunabhängige Direktzahlungen zu. Das ist ein Verhandlungserfolg, der möglicherweise sogar der Schweiz zuzuschreiben ist.

2. Jedes Land soll für seine Inlandproduktion seinen eigenen Agrarschutz aufrechterhalten können. Wir akzeptieren, dass dies einheitlich mittels Zöllen gemacht werden soll. Die generelle Tarifizierung, also die Umwandlung sämtlicher nichttarifärer Handelshemmnisse in Zölle, ist richtig, weil die Offenlegung der handelsrelevanten Vorschriften zu mehr Transparenz führt. Das heisst noch nicht, dass wir dann den vollständigen Abbau der Zölle akzeptieren würden.

3. Energie und Ressourcen sollten weltweit durch Steuern oder Lenkungsabgaben wesentlich verteuert werden. Wenn alle Menschen dieser Welt den USA-Standard im Energieverschleiss beanspruchen würden, wären die heute bekannten Reserven bekanntlich innert weniger Jahre erschöpft. Höhere Energiepreise würden einen anständigen Distanzschutz entstehen lassen. «Radiesli» aus Südafrika wären dann nicht mehr wettbewerbsfähig. Leider finden sich darüber keine Bestimmungen im Gatt.

4. Die Weltmarktpreise sind manipulierte Preise, also Dumpingpreise. Viele Anbieter und Produzenten sind abhängig von wenigen Nachfragern, also eine klassische Monopolsituation. Als Beispiel sei das am Getreide illustriert: Es sind gerade noch sieben Welthandelsfirmen, die den Weltgetreidemarkt unter sich aufteilen. Die Staaten, welche Weizen exportieren, insbesondere die USA, werden ihre Weizenüberschüsse offenbar nur noch mit massiven Exportsubventionen los. Der manipulierte Welthandelspreis für Getreide liegt bei 10 bis 20 Franken pro Zentner. Der subventionierte Getreidepreis in der Schweiz beträgt etwa 100 Franken pro Zentner; er ist also fünf- bis zehnmal höher.

Das Gatt verbietet im Prinzip Exportsubventionen; das scheint uns richtig und wichtig. Aber gerade hier muss sich die Schweiz wohl selber an der Nase nehmen: «Was du nicht willst, das man dir tu', das füg' auch keinem andern zu.»

Der Schweizer Emmentaler Käse ist ein Dumpingprodukt par excellence. Wenn wir jährlich über 500 Millionen Franken Exportsubventionen für unseren grosslöcherigen Hartkäse be-

zahlen, dann sind wir keinen Deut besser als die Amerikaner mit ihrem Getreidedumping. Dass der Bundesrat bei seiner Offerte ausgerechnet die exportsubventionierten Mengen überhaupt nicht reduzieren und auch die Höhe der Exportsubventionen nur beschränkt reduzieren will, muss man daher schon sehr kritisch hinterfragen.

Die Haltung der grünen Fraktion lässt sich wie folgt zusammenfassen: Mit Blick auf das agrarpolitische Gestrüpp in unserem Land können wir verschiedene Spielregeln des Gatt sehr wohl als heilsam ansehen. Wir begrüßen den Verzicht auf Exportsubventionen; Dumping ist unfair. Wir nehmen mit Freude zur Kenntnis, dass dank der «green box» ökologische Direktzahlungen unbestritten sind.

Wir akzeptieren die Tarifizierung als handelspolitische Schutzmassnahme. Soweit könnte man sagen: «Gatt sei Dank!» Wenn aber durch den sanitarischen und phytosanitären Kodex wie durch den Kodex über technische Handelshemmnisse strenge nationale Umwelt- und Tierschutznormen ausgehöhlt werden sollten, dann müsste man eher wieder von «Gattastrophe» reden. Diese Auswirkungen können wir im Moment nicht abschätzen.

Der Bundesrat ist gehalten, hier den ganzen Spielraum auszuloten und rechtzeitig Klarheit zu schaffen. Wenn ein Bundesrat in Paris verlangt, dass über das Blair-House-Abkommen neu verhandelt werden müsse, mag das die französischen Bauern freuen; mir kommt es aber eher vor wie ein Witz von der Maus und dem Elefanten.

Sollte das Gatt-Abkommen der Uruguay-Runde nicht zustande kommen oder in der Schweiz in einer Referendumsabstimmung abgelehnt werden, dürfte – auch das ist nicht wozu diskutieren – die Schweizer Landwirtschaft vom Regen in die Traufe kommen.

Der Bundesrat wird noch viel Aufklärungsarbeit leisten müssen. Die Broschüre einer Bundesratspartei mit dem Titel «Gatt klapp und klirr» – Entschuldigung: «Gatt klipp und klar» – genügt dazu sicher nicht.

M. Spielmann: Le Gatt – l'Accord général sur les tarifs douaniers et le commerce – est né en 1947 avec, pour domaine d'application, le commerce des marchandises. Depuis 1986, après les négociations de l'Uruguay Round, on veut étendre son domaine d'application au commerce des services, c'est-à-dire aux opérations financières d'assurance, aux transports, aux voyages, à la communication, aux loisirs, à l'audiovisuel et à la culture.

On justifie cette revendication de l'élargissement de son domaine d'application parce que le commerce des services, très faible en 1947, représente aujourd'hui plus de 35 pour cent des transactions mondiales. Il réclame pour ces services l'application des principes qui régissent le commerce des marchandises: la clause de la nation la plus favorisée, la clause du traitement national, l'accès au marché, la libéralisation et la transparence des échanges.

C'est donc à ce domaine plus particulièrement culturel que je voudrais consacrer les quelques minutes que j'ai à cette tribune.

Si le Gatt considère la culture, l'audiovisuel, comme des services, des objets de commerce devant être traités comme des marchandises, c'est, à mon avis, oublier qu'il y a deux types de services: les services marchands et les services non marchands. Ces derniers sont d'intérêt général, collectif, mais ne relèvent pas de l'économie générale. Ils sont partie intégrante d'une économie où interviennent souvent des subventions, des péréquations tarifaires, des gestions sociales tendant à corriger les inégalités, des objectifs de maîtrise, par exemple celle du réseau des télécommunications ou des réseaux de distribution cinématographique. Ce n'est donc pas au Gatt de régler le monde culturel, qui deviendrait ainsi un monde de best-sellers sans créativité. Qu'on ne nous parle pas de notre refus d'une défense corporative: l'écriture, l'image, la peinture, la musique ne sont pas des corporations, ce sont des dimensions de la vie, et la vie n'est pas une corporation.

C'est dans cet esprit que je voudrais demander au Conseil fédéral de prendre une position très claire et de ne pas en rester à ces limites, c'est-à-dire une approche où la culture sera do-

minée par le marché, et demander que l'on construise un nouvel espace public international pour la culture en dehors du Gatt, dans lequel pourrait intervenir sous des formes nouvelles et créatrices un nouvel espace public construit autour de la responsabilité et qui se nourrirait du mouvement critique où se croiseraient et s'enrichiraient les démarches artistiques, sociales, humaines, de connaissance, éthiques, individuelles et industrielles.

Il s'agit donc, dans cette perspective, de tenir un nouveau discours, d'en finir avec le volet culturel, bien sûr, et de faire en sorte que le Gatt laisse se poursuivre, dans ses terrains de prédilection, des activités aussi importantes que le Fonds monétaire international, la gestion de la Banque mondiale ou le suivi de la Conférence de Rio. Mais il faut que les pratiques et la perspective culturelles fassent l'objet d'un autre type de réflexion et de travail de la part des intellectuels, des artistes, des chercheurs et des juristes chargés préparer et d'élaborer des propositions concrètes définissant les contours de la vie démocratique à tous les niveaux. C'est ce que nous voulons créer, ce nouvel espace international, et c'est ce qui a été défini et discuté déjà. C'est dans ce sens que je souhaiterais que le Conseil fédéral représente notre pays dans l'institution du Gatt.

M. Eggly: En cinq minutes, que dire de vraiment important?

Le groupe libéral insiste depuis le début sur l'importance des négociations du Gatt. Pour un pays comme la Suisse, dont un franc sur deux se gagne dans les échanges extérieurs, les négociations du Gatt sont évidemment primordiales. Davantage que pour d'autres pays, un échec de la libéralisation mondiale, un retour au protectionnisme seraient hautement dommageables. Au moment des négociations sur l'Espace économique européen, nous avons dit et répété que, dans notre vision, l'Europe ne devait pas être une Europe forteresse, avec une barrière, mais un point d'appui pour une mondialisation des échanges. Pour la Suisse, avec le coup d'arrêt européen de surcroît, la réussite de l'Uruguay Round est pressante et prioritaire; nous en sommes convaincus. Les libéraux aimeraient encore croire à un déblocage favorable à la fin de l'année.

Nous sommes conscients qu'il faudrait que cela donne des atouts supplémentaires aux pays en voie de développement. Il en va aussi, on le voit bien, d'un intérêt de stabilité politique général, lequel concerne autant la Suisse que les autres, sans parler de la dimension éthique de la question. Et nous pensons aussi, dans le cadre du Gatt naturellement, aux pays d'Europe centrale et de l'Est.

Mais il y a l'agriculture, un domaine qui ne peut pas être assimilé complètement aux autres. Le lien avec un territoire donné des paysans, la nécessité d'une part d'autoapprovisionnement, le fait que l'agriculture représente une base de sécurité, l'équilibre sociologique d'un pays qui est important, tout cela doit donc évidemment nous faire considérer le cas de l'agriculture comme un cas particulier.

Toutefois, Monsieur le Conseiller fédéral, nous savons bien que l'agriculture n'aurait rien à gagner d'un blocage général à cause d'elle. Certes, nous regardons la position française avec sympathie, dans le bras de fer qui oppose la France aux Etats-Unis. Nous voyons bien que l'Union suisse des paysans se demande maintenant si la carte européenne, après tout, la carte communautaire, ne serait pas la meilleure sauvegarde contre, notamment, les surplus américains.

Toutefois, les libéraux sont persuadés que l'agriculture ne peut pas échapper à l'esprit du Gatt, à l'idée de la concurrence et des marchés ouverts. Il est logique, par conséquent, que la soupape de sûreté d'une évolution vers la libéralisation comprenant l'agriculture soit ce système des paiements directs compensatoires par rapport à la dure loi du marché.

Ce n'est pas très satisfaisant, Monsieur le Conseiller fédéral, aux yeux des libéraux. C'est un peu par résignation que nous nous laissons emmener sur cette piste. D'ailleurs, si l'on avait moins embêté les paysans par mille chicanes, par mille contraintes, par mille limites, s'ils avaient pu, par exemple, s'équiper plus librement en machines et de toutes les manières, y compris sur les marchés étrangers, à meilleur prix et à

meilleur compte, on en verrait beaucoup qui seraient plus performants, plus incisifs, plus conquérants de marchés extérieurs. L'Etat a sans doute trop protégé les paysans, comme il avait jadis trop protégé l'horlogerie, en les mettant, de ce fait, trop sous tutelle. En les protégeant moins, libéraliserait-on leur régime, afin d'avoir moins, finalement, à les assister.

En conclusion, le groupe libéral appuie le Conseil fédéral et ses diplomates dans leurs efforts, afin qu'aboutisse l'Uruguay Round. Et les libéraux mettent tout cela en relation avec l'effort intérieur, extrêmement nécessaire, de libéralisation de l'économie en vue de la relance.

Frau Bäumlin: Die Uruguay-Runde des Gatt entpuppt sich je länger, je mehr als eine Quadratur des Kreises, ja man könnte geradezu von einer Quadratur des Globus sprechen: Ihre drei Hauptziele – Abbau des Zollprotektionismus, Aufbau von Monopolrecht beim geistigen Eigentum, Verquickung von Gatt und Bretton-Woods-Institutionen – widersprechen sich gegenseitig fundamental. Das tun sie – und das ist die für mich entscheidende Dimension – vor allem auf Kosten der Südhemisphäre.

Die schwächeren Partner in dieser undemokratischen und intransparenten Verhandlungsrunde sassen entsprechend immer am kürzeren Hebel. Wegen ihrer differierenden Interessen wurden sie auch gegeneinander ausgespielt. Die Wirtschaftsgrossmächte machten das Rennen. Die Umwelt, die traditionelle Landwirtschaft, die kleinräumigen Gewerbe werden den Weltwirtschaftsaufschwung, den Mr. Sutherland letzthin von den IWF-Ländern als Beweis ihrer Führungsqualität verlangt hat, letztlich bezahlen müssen.

«Die das Gatt klar dominierenden Industrieländer sichern sich in der Uruguay-Runde die künftigen Märkte, so dass die globalen Ungleichgewichte weiter verstärkt werden.» Das ist ein Zitat aus dem SPS-Wirtschaftskonzept. Damit ist belegt, dass im Nord-Süd-Verhältnis nichts Neues passiert ist. Um so erstaunlicher ist die Aussage des Bundesrates in der Antwort auf die Interpellation Darbellay, er sehe bezüglich der Uruguay-Runde keinen Handlungsbedarf in entwicklungspolitischer Hinsicht. Auch soll eine Folgeabschätzung zwar vor der Unterzeichnung der Schlussakte, aber eben erst nach Verhandlungsabschluss vorgelegt werden.

Kann der Bundesrat den Verdacht entkräften, dass die Katze erst aus dem Sack gelassen wird, wenn der technologiestarke Norden und seine Multis vertraglich erreicht haben, was sie erreichen wollen, nämlich Investitions-, Dienstleistungs- und Produktionsbedingungen nach ihrem Gusto?

Die längeren Uebergangsfristen für die Entwicklungsländer sind dagegen ein sehr schwacher Trost. Der folgenschwerste Bereich der ganzen Uruguay-Runde sind für die Entwicklungsländer die Trips-Verträge, übt doch der Norden massiven Druck auf den Süden aus, die Patentregelungen der Industrieländer zu übernehmen. Das Gatt soll zum Patent-Weltpolizisten werden und die Souveränität der sich industrialisierenden Entwicklungsländer brechen.

Die Patentregel des Dunkel-Entwurfes, die der Bundesrat anscheinend übernommen hat, ist eine schreckliche Bedrohung für die ärmsten Entwicklungsländer. Alles ist patentierbar – auch Lebewesen. Die USA patentieren unterdessen bereits menschliche Gene! Ausnahmen können zwar gemacht werden, z. B. aus ethischen Gründen, aber diese Ausnahmen sind entwicklungsfeindlich und haben Einbussen im Technologietransfer zur Folge. Pflanzensorten müssen unter ein spezielles Schutzsystem gestellt werden, das erst noch nach vier Jahren überprüft und aberkannt werden kann. Da heisst es für die Entwicklungsländer: Vogel friss oder stirb!

Anfang März 1993 nahmen über 200 000 indische Bäuerinnen und Bauern an einer Protestkundgebung in Neu-Delhi teil und forderten ihre Regierung auf, den Gatt-Vertrag, der die Patentierung von Samen und Pflanzen vorsieht, zurückzuweisen. Diese ärmste Bevölkerungsschicht Indiens befürchtet, sonst ihre Rechte auf eigenes Saatgut und damit ihre Ernährungsbasis zu verlieren.

Die gleiche Schweiz, die in der Patentierungsfrage zuvorderst mit den USA marschiert, unterstützt Indien als Schwerpunktland der Entwicklungszusammenarbeit. Was hat nun Vorrang:

die 1976 ins Gesetz geschriebenen Prinzipien der Entwicklungszusammenarbeit oder die von der Spitzentechnologie und auch vom Bund gepushte Patentpolitik?

Warum hat der Bundesrat die entwicklungspolitischen Grundsätze in der Uruguay-Runde bisher nicht offensiver vertreten und die für die Entwicklungsländer überlebensnotwendigen Verhandlungsspielräume nicht besser genutzt? Ist er bereit, das in letzter Minute noch nachzuholen? Oder: Wann gibt der Bundesrat wenigstens das Mandat für die nächste Verhandlungsrunde, in der er sich dann hoffentlich offensiver einsetzen wird, bekannt?

Wanner: Zwei Voraussetzungen sind klar und weitgehend nicht bestritten: die hohe Bedeutung des Gatt-Abkommens für unsere Wirtschaft und die Tatsache, dass Wirtschaft letztlich nur als Ganzes betrachtet werden kann und somit die Landwirtschaft Bestandteil dieser Wirtschaft ist. Deshalb scheint mir der Moment gekommen, in der jetzigen Schlussphase der Uruguay-Runde pragmatische Schritte auf dem innenpolitischen Parkett zu unternehmen, soweit das von der Sache her richtig und von den Voraussetzungen her möglich ist. Es macht heute keinen Sinn mehr, das Gatt-Abkommen als Ganzes zu bekämpfen. Nicht die Grobschlosserei, sondern die Feinmechanikerarbeit ist zum jetzigen Zeitpunkt gefragt.

Es gibt verschiedene Gründe, wieso heute der erfolgreiche Abschluss des Gatt-Abkommens noch wichtiger geworden ist, als dies vor zwei oder drei Jahren der Fall war. Obwohl ein EWR-Beitritt ein Gatt-Abkommen nicht ersetzt hätte, ist nach dem Nein vom 6. Dezember 1992 der Druck betreffend Gatt-Abkommen gewachsen. Es kommt dazu, dass sich die bilateralen Verhandlungen unseres Landes mit der EG – mindestens teilweise – in der Sackgasse befinden.

Selbstverständlich ist es für die Landwirtschaft nach wie vor richtig und erwünscht, das herauszuholen, was möglich ist. Dennoch: Zum jetzigen Zeitpunkt sind drei Punkte nicht nur der Erwähnung wert, sondern hier muss der Bundesrat sein ganzes politisches Gewicht einbringen, damit Verbesserungen erzielt werden können.

1. Zur Schutzklausel: Es ist es nicht annehmbar, dass zusätzliche Massnahmen an der Grenze in bezug auf die Tarifizierung erst dann möglich sind, wenn die Importe 125 Prozent der Referenzperiode erreichen. Das könnte im Extremfall dazu führen, dass die inländische Produktion in einzelnen Bereichen nicht nur gedrosselt, sondern weitgehend auf ein absolutes Minimum und auf ein wirtschaftlich nicht mehr sinnvolles Mass reduziert wird.

2. Zur Frage der Tarifizierung respektive des Aufschubes: Im Gegensatz zu den Herren Hämmerle und Baumann bin ich der Meinung, dass wir in den letzten Jahren richtige und erfolgreiche Schritte unternommen haben, um unsere Landwirtschaftspolitik zu reformieren. Mehr Markt ist gefragt, das ist richtig. Aber auf der anderen Seite könnten diese Bemühungen durch einen raschen und zum Teil sogar unkontrollierbaren Abbau der jetzt bestehenden Massnahmen an der Grenze gefährdet oder unterlaufen werden.

3. Die Frage der «green box»: Es ist anzuerkennen, dass hier wesentliche Fortschritte erzielt worden sind. Es ist aber, Herr Bundesrat, dennoch erwünscht und meiner Meinung nach wichtig und machbar, hier weiteren Druck auszuüben, damit möglichst viele Massnahmen in diese «green box» übernommen werden können und somit nicht den Abbaupflichtungen des Gatt-Abkommens unterstehen. Mir scheint es gerade zum heutigen Zeitpunkt wichtig, dass die Erhaltung der Produktionsanteile unserer Landwirtschaft vorangetrieben wird. Eine Landwirtschaft – das wissen Sie gut genug –, die letztlich nur noch auf Direktzahlungen angewiesen ist, kann ihre Aufgabe nicht erfüllen und vor allem am Markt nicht mehr bestehen.

Wir sind zurzeit – das ist an und für sich richtig und verständlich – im Begriff, zusätzliche Sparmassnahmen anzuordnen. Aber Sie können die Landwirtschaft nicht der Scherenbewegung aussetzen, auf der einen Seite die Verluste durch das Gatt-Abkommen in Kauf zu nehmen und auf der anderen Seite aus innen- oder vor allem finanzpolitischen Gründen in zwei Bereichen der Agrarpolitik, die Gatt-konform sind, zusätzlichen Kürzungen zu unterliegen.

Jaeger: In der Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion wird der Bundesrat aufgefordert, seine Verhandlungsposition nochmals grundsätzlich zu überprüfen. Das ist ein gewaltiges Wort und sehr locker ausgesprochen. Ich frage mich nur, warum und wie er denn seine Verhandlungsposition neu überdenken soll. Sind neue Fakten da?

Richtig, ja, es sind neue Fakten da – und zwar haben wir zum EWR nein gesagt. Das wird uns natürlich noch mehr nötigen, uns bei diesen Verhandlungen kooperativ zu verhalten. Es ist wahrscheinlich kaum möglich, etwas anderes zu tun als das, was der Bundesrat tut. Und wenn er schon seine Verhandlungsposition zu überprüfen hat, so ist das für ihn sicher eine Daueraufgabe. Er wird das ohnehin und immer tun. Die Forderung der christlichdemokratischen Fraktion bleibt Rhetorik.

Aus der gleichen Interpellation geht auch das Dilemma zwischen der Notwendigkeit einer offenen und zuverlässig geregelten Weltmarktorganisation auf der einen Seite und der Notwendigkeit eines Schutzes der binnenwirtschaftlichen Bereiche auf der anderen Seite hervor. Das ist ein durchaus ernst zu nehmendes Dilemma. Es ist ein Dilemma, das uns Sorge bereiten muss, aber trotzdem gilt es auch hier, die Fakten etwas zu relativieren und – vor allem – sie nüchtern zu betrachten.

Zunächst zum Umweltschutz, der ja in der besagten Interpellation auch angesprochen ist. Das Gatt – das muss ganz klar gesagt sein – hat nichts, aber auch gar nichts gegen die Lösung von länderspezifischen Umweltschutzproblemen nach dem Inlandprinzip. Diesbezügliche Befürchtungen sind in diesem Zusammenhang fehl am Platz.

Frau Bäumlin hat vorhin etwas zur Lage der Entwicklungsländer gesagt. Ich habe durchaus Verständnis, wenn sie hier gewisse historisch tradierte Vorbehalte gegenüber dem Gatt und der Welthandelsliberalisierung vorbringt. Aber es muss natürlich auch ganz klar gesehen werden, dass die Position der Entwicklungsländer gerade bei der Uruguay-Runde eine sehr mitbestimmende war. Es muss, nüchtern gesehen, eingestanden werden, dass hier gewisse Vorteile zugunsten der Position der Entwicklungsländer geschaffen werden konnten, gerade auch dank der veränderten Haltung der grossen, der wirtschaftsmächtigen Blöcke in den Verhandlungen. Denken Sie nur etwa an die Uebergangsfristen.

Auch was die Agrarpolitik anbelangt, wären da einige Dinge richtigzustellen, hätte man die Zeit dazu. Denken Sie etwa an die Direktzahlungen: Die Direktzahlungen gemäss Artikel 31a und 31b Landwirtschaftsgesetz sind notifizierbar im Sinne der grünen Kategorie und damit Gatt-konform. Die nichtökonomischen Ziele können also mit der Uruguay-Runde durchaus realisiert werden.

Denken wir daran: Die Uruguay-Runde ist ein «single package», wir können nicht einzelne Optionen herausnehmen. Unser Verhandlungsspielraum ist relativ eng. Wir müssen uns im klaren sein, dass es um Ziele geht, die unsere kleine, offene Volkswirtschaft im Zentrum interessieren. Denken Sie an die Erleichterung des Marktzugangs in für die Schweiz wichtigen Bereichen wie Pharmazeutika und chemische Produkte; an die Einbeziehung des Immaterialgüter-schutzes und die Erhöhung der Rechtssicherheit für Direktinvestitionen im Ausland; an die Erleichterung der Marktzugangsbedingungen für Dienstleistungserbringer.

Das alles sind Dinge, die für unsere Volkswirtschaft natürlich von ganz grosser Bedeutung sind. Dass der Agrarhandel in der Uruguay-Runde gegen den Industriehandel ausgespielt wird, ist eine Tatsache, an der auch die Schweiz nicht vorbeikommt. Und trotzdem gibt es für die Schweiz, auf lange Sicht gesehen, auf jeden Fall keine Alternative zu diesem Abkommen, zu dieser Verhandlungsrunde. Ich würde sogar sagen, ein Scheitern der Uruguay-Runde wäre kein Grund zur Schadenfreude. Im Gegenteil: Ein Scheitern der Uruguay-Runde könnte sich – gerade nach dem EWR-Nein der Schweiz – auf unsere Volkswirtschaft sogar sehr nachteilig, wenn nicht verheerend auswirken.

Ich möchte Sie deshalb bitten, dieser Sache etwas nüchterner und positiver gegenüberzustehen und nicht einfach immer nur das Negative zu sehen.

Moser: Die Auto-Partei hat in der EWR-Diskussion das Gatt immer klar als Schutz vor allfälligen EG-Repressalien ins Feld geführt. Hauptzielsetzung des Gatt ist es, wettbewerbsverzerrende Mechanismen abzubauen, wirtschaftliche Handelsanktionen zu verhindern und damit eine Wohlfahrtsförderung zu erreichen. Es sind genau diejenigen Rahmenbedingungen angesprochen, welche ein kleines, exportorientiertes Land dringend braucht. Demzufolge ist es klar, dass wir dieses Sicherheitsnetz für die Schweiz im internationalen Welthandel als unverzichtbares System aufrechterhalten und ausbauen wollen.

Warum die CVP-Fraktion gerade jetzt eine dringliche Interpellation zu den Gatt-Verhandlungen eingebracht hat, ist uns völlig schleierhaft, denn die sogenannte Uruguay-Runde steht praktisch vor dem Abschluss. Die heutige Debatte ändert am Ausgang dieser Verhandlungen rein gar nichts. Vielleicht kann uns ein Exponent der CVP-Fraktion erklären, warum es dieser erst heute einfällt, eine Diskussion über bereits verhandelte und abgehandelte Themen in dieser Runde zu verlangen.

Die von der CVP-Fraktion aufgeführten Forderungen an die Verhandlungsdelegation sind geradezu lächerlich! Was glauben Sie denn, welchen Stellenwert die Schweiz unter den Gatt-Verhandlungspartnern einnimmt? Sie wollen laut Ihrer Interpellation umweltschutzpolitische Anliegen klar den handelspolitischen Interessen überordnen, und Sie verlangen auch noch einen «Heimatschutz» für die schweizerische Milchwirtschaft.

Meine Damen und Herren der CVP-Fraktion: Dieses sektorielle Denken ist erschreckend. Das Gatt und die Verhandlungen der Uruguay-Runde befassen sich mit allen Wirtschaftsbereichen. Der Bereich der Landwirtschaftsverhandlungen macht lediglich etwa einen Fünftel der Verhandlungen aus.

Ein Verbot von wettbewerbsverzerrenden Subventionen ist für die Schaffung einer gesunden und freien Marktwirtschaft unerlässlich. Damit kommen wir zum springenden Punkt: Für die Schweiz als Industriestaat wird es unumgänglich sein, unseren Agrarmarkt zu öffnen, wenn wir – umgekehrt! – unsere Industriegüter und Dienstleistungen weiterhin in alle Welt verkaufen wollen. Es ist völlig unbestritten: Wenn die Schweiz gesamthaft verbesserte Exportbedingungen erhalten will, muss sie auch Gegenleistungen erbringen. Gratiskäse gibt es nur in der Mausefalle!

Bedenkt man, dass das Gatt mit seinen über 110 Mitgliedstaaten 90 Prozent des gesamten Welthandels abdeckt, dann muss auch dem letzten Schweizer und der letzten Schweizerin die Bedeutung dieses Systems deutlich werden. Ein Abseitsstehen gibt es für uns nicht! Das Gatt bietet internationale Rechtssicherheit und ist gerade für ein kleines Land wie die Schweiz von vitalster Bedeutung. Die Forderungen, die die EG in den bilateralen Verhandlungen gegenüber der Schweiz jüngst gestellt hat, zeigen deutlich, wie es ist und wie mit einem kleinen Land umgesprungen wird, wenn ein entsprechendes multilaterales Handelssystem fehlt.

Die Auto-Partei hofft, dass die Uruguay-Runde möglichst bald abgeschlossen sein wird, denn damit werden auch Zollreduktionen von durchschnittlich einem Drittel ermöglicht. Dieser Zollabbau bedeutet für die Schweiz eine Erleichterung des Zugangs zu besonders wichtigen Märkten, wie dies die USA, Japan, Kanada und verschiedene Entwicklungsländer sind. Zudem bekommen wir für die Inlandproduktion Rohstoffe aus dem Ausland zu verbilligten Preisen. Andererseits ist eine Liberalisierung im öffentlichen Beschaffungswesen heute nicht mehr zu verhindern. Wir sind jedoch überzeugt, dass der betroffene Wirtschaftssektor durch die wesentlich bessere Produktivität und Qualität im Vergleich zum Ausland nach wie vor wettbewerbsfähig sein wird.

Ich möchte nicht vergessen zu erwähnen, dass wir von einem Werk sprechen, von dessen Abschluss der Wohlstand der Schweizer Bevölkerung abhängt. Dieses Werk ist lebenswichtig und unterscheidet sich vollständig vom protektionistischen und meines Erachtens unwürdigen EWR-Abkommen. Wir alle, Handel, Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft, sitzen im gleichen Boot, und wir können uns kein sektorielles Denken leisten, wie es in einigen Vorstössen zum Ausdruck kommt.

Bedenken Sie auch, dass unsere Sozialwerke nur aufrechterhalten werden können, wenn wir auch bereit sind, die Rahmenbedingungen für eine gesunde und weltoffene Wirtschaft zu verbessern. Das Gatt kann diesen Beitrag leisten, und der Standort Schweiz kann nach dem Abschluss der Uruguay-Runde wieder aufgewertet werden. Das Tor zu einem freien Welthandel ist geöffnet.

Hess Peter: Herr Moser von der Auto-Partei, Sie reklamieren für sich profundes Gatt-Wissen. Sie müssten eigentlich wissen, dass die Schlussverhandlungen im Zusammenhang mit diesem Abkommen noch nicht stattgefunden haben. Sie kommen doch nur dazu, die Frage nach dem Zeitpunkt der Einreichung dieser dringlichen Interpellation zu stellen, weil Sie den Gatt-Mechanismus nicht verstehen.

Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, die Dossiers nochmals zu öffnen und die Fragen, die wir dem Bundesrat gestellt haben, zu beantworten. In zwei, drei Monaten wird es vielleicht zu spät sein. Aber vielleicht stellen Sie sich auch einmal hin und studieren den Gatt-Mechanismus; dann werden wir sehen, wer hier wirklich mit der Sache vertraut ist.

Frau Misteli: Ich werde mich kurz zum Verhandlungsprozess und zur Auswirkung auf die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern äussern.

In einem Interview sagte der neue Gatt-Generaldirektor Peter Sutherland, dass die Konsequenzen eines Fehlschlages für die Schweiz, welche ausserhalb der grossen Wirtschaftsböcke steht, aber jeden zweiten Franken im Export mit diesen verdient, sehr einschneidend wären. Die grüne Fraktion ist ebenfalls der Meinung, dass es ein internationales Handelsabkommen braucht, doch haben wir hinsichtlich des Gatt-Abkommens, wie es vielleicht Mitte Dezember unterzeichnet werden soll, einige Fragen, auch Zweifel.

Im Zusammenhang mit dem Abkommen wird immer wieder von mehr Transparenz gesprochen, doch der Verhandlungsprozess selbst ist alles andere als transparent oder demokratisch. Wieder einmal wird vom Bundesrat ein für uns und unsere Wirtschaft entscheidendes Abkommen unterschrieben, welches offiziell in seinem Wortlaut nicht bekannt ist. Diskussionen wie die heutige kommen ein wenig zu spät. Das Parlament hätte die Leitplanken für die Delegation früher festlegen müssen und die Bevölkerung über die Notwendigkeit dieses internationalen Handelsvertrages laufend informieren und die Diskussion darüber in die Wege leiten sollen.

Ein weiterer Aspekt: Den Entwicklungsländern gehen entsprechend einer Auflistung des UNDP, des Entwicklungsprogrammes der Vereinten Nationen, 500 Milliarden Dollar im Jahr aufgrund des heutigen Protektionismus im Welthandel verloren. Das Gatt schätzt diesen Verlust auf etwa 100 Milliarden US-Dollar im Jahr. Die Wirklichkeit wird zwischendrin liegen. Wirtschaftsexperten zufolge würde die Ausdehnung des Freihandels mit der siebenten Gatt-Runde ein zusätzliches Welthandelsvolumen bis zu 200 Milliarden US-Dollar entstehen lassen. Die Schlussfolgerung, dass die Entwicklungsländer gewinnen würden, liegt nahe. Doch werden es nur einige der Drittweltländer sein, vor allem in Asien; die ärmeren Entwicklungsländer können nicht mitreden.

Im Gatt verhandeln vor allem die wirtschaftsmächtigen Länder, wie wir es gerade in letzter Zeit bei den Blair-House-Verhandlungen mitverfolgen konnten. Diese Verhandlungen werden enorme Folgen für die Drittweltländer haben.

Grosse Auswirkungen auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten der Drittweltländer werden die handelsbezogenen Aspekte der Schutzrechte für geistiges Eigentum, abgekürzt Trips, haben.

Das Gatt-Sekretariat und allen voran die USA, die Schweiz, die EG und Japan – also die grossen Wirtschaftsmächte – stellen sich auf den Standpunkt, dass fehlender Patentschutz wie ein nichttarifarischer Handelshemmnis behandelt werden soll. Fehlender Patentschutz müsste dann nach den Gatt-Regeln mit Handelssanktionen bestraft werden.

Hier kommen die neuen Bio- und Gentechniken ins Spiel; selbstverständlich werden im Gatt auch lebende Materie und biotechnische Erfindungen als patentierbar betrachtet und

sollen in die Gatt-Regeln einbezogen werden. Denn als Vorbild gilt das Patentsystem der USA, wo Pflanzen, Tiere, Zellen und Gene patentierbar sind. Die Schweiz vertritt mit den USA diese Position.

Bei diesen Patentierungen zahlen wir dann mit unseren Entwicklungshilfegeldern unseren Chemiefirmen die Lizenzen für die Drittweltbauern. Die grüne Fraktion und ich finden aber, dass sich der Bundesrat schon bei den Verhandlungen stärker für die Entwicklungsländer einsetzen sollte und nicht nachher reparativ – sozusagen als Sozialarbeit – mit den Entwicklungshilfegeldern die Sache wieder zurechtbiegen sollte.

Ich bitte den Bundesrat, sich in den weiteren Verhandlungen dafür einzusetzen.

Steffen: Die SD/Lega-Fraktion begrüsst es, dass der Bundesrat mit der Dringlicherklärung der Interpellation «Gatt-Verhandlungen. Ökologische und soziale Interessen» aufgefordert ist, vor Abschluss der Uruguay-Runde des Gatt Erklärungen zu seiner Verhandlungsposition und zu seinen Absichten abzugeben. Dies interessiert uns um so mehr, als bis zum 15. Dezember dieses Jahres ein Schlusspaket vorliegen muss, welches 26 Abkommen enthalten wird, die von den teilnehmenden Staaten als Gesamtes zu übernehmen wären. Die Zeit des Rosinenpickens in Form von individuellen Vertragsabkommen für Gatt-Mitglieder, wie sie bei der Tokio-Runde noch möglich waren, wird nach Abschluss der achten Verhandlungsrunde vorbei sein.

Der Wortlaut der Interpellationen Darbellay und Wyss William und die bundesrätlichen Antworten machen deutlich, dass zwei Hauptsorgen bestehen: einerseits die Sorge, dass nicht alle Staaten von der angestrebten Liberalisierung der Handelsbeziehungen profitieren könnten, und andererseits die Sorge, dass Massnahmen als Folge des Gatt-Abkommens massive Auswirkungen auf das Einkommen der Bauern und auf die Struktur der schweizerischen Landwirtschaft haben dürften.

Die Antworten des Bundesrates fallen grosso modo zuversichtlich aus. Dass eine volle Kompensation des allfälligen Abbaus der produktegebundenen Stützung durch Direktzahlungen aus innen- und finanzpolitischen Gründen nicht möglich sein würde, gibt der Bundesrat gegenüber dem Interpellanten Wyss William offen zu. Die Ehrlichkeit des Bundesrates ehrt ihn. Aber diese Tatsache verunsichert viele Bauern noch mehr. Wenn man bedenkt, dass der Tagesverdienst einer Bauernfamilie 1989 im Durchschnitt noch mit 181 Franken angegeben wurde, 1992 aber lediglich noch 113 Franken betrug, was einer Senkung von rund 35 Prozent entspricht, versteht man die Sorgen unserer Bauern. Als Auswirkungen der heute vorliegenden Gatt-Bestimmungen befürchten Bauernführer noch tiefere Produktpreise, verringerte Produktion wegen vermehrter Importkonkurrenz und schliesslich eine Gefährdung der Direktzahlungen aufgrund der weiterhin überbeanspruchten Bundesfinanzen.

Im Schachspiel kennt man das Bauernopfer. Liest man bestimmte Verlautbarungen, die prognostizieren, es würden in der nächsten Zeit 30 000 bis 50 000 Bauernbetriebe eingehen oder – vielleicht etwas pointierter ausgedrückt – auf dem Altar der Exportwirtschaft geopfert, stellt sich die SD/Lega-Fraktion die Frage: Ist ein solches Bauernsterben staatspolitisch überhaupt zu verantworten? Wir sagen: Nein!

Wir fordern den Bundesrat auf, alles zu unternehmen, damit dieses Horrorszenario nie Wirklichkeit wird.

Ein Staat, der seinen Nährstand zugrunde richtet, wird früher oder später selber untergehen. Wer weiss, wie schnell klimatische Turbulenzen riesige Landstriche überfluten und austrocknen können und so Weizen-, Mais- und Reisernten im Ausmass von vielen Millionen Tonnen zu vernichten vermögen, hegt und pflegt die Landwirtschaft in kleinen Räumen.

Bundesrat Brugger hat zu seiner Zeit den Selbstversorgungsgrad der Schweiz als knapp unter 50 Prozent liegend bezeichnet. Jetzt soll er plötzlich 65 Prozent betragen, obwohl die Wohnbevölkerung um rund 700 000 Personen zugenommen hat! Ich möchte von Ihnen, Herr Bundesrat Delamuraz, folgende Frage beantwortet wissen: Welcher Professor an welchem Institut welcher Universität hat den Selbstversorgungsgrad von 65 Prozent errechnet?

Der ganze Gatt-Prozess, welcher seit 1947 andauert, ist Teil einer Strategie, die zu einer zentral gelenkten Weltwirtschaftsordnung führen soll. Eines ist voraussehbar: Statt der gewünschten Deregulierung und Öffnung der Märkte wird ein noch höherer babylonischer Verwaltungsturm als jener in Brüssel entstehen, und die Vorschriften und Richtlinien werden nicht 17 Ordner, sondern 7mal 17 Ordner füllen.

Ein letzter Gedanke: Wer immer die Macht über die Versorgung der Menschenmassen mit Nahrung haben wird, wird auch politische Macht ausüben und diese notfalls durch Erpressung erzwingen können. An den Gatt-Verhandlungstischen sitzen nicht nur Philanthropen, sondern knallharte Interessenvertreter, die je nach Ausgang der Verhandlungen ihren Auftraggebern keine, kleine oder Riesengewinne ermöglichen. Wenn Millionen Tonnen Güter von Kontinent zu Kontinent über Weltmeere verschoben werden dürfen, gibt es immer ein paar ganz Grosse, die die Sache in ihren Händen halten.

Herr Bundesrat Delamuraz, unsere Fraktion erwartet mit Interesse Ihre Erläuterungen, insbesondere in bezug auf die Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion; dieser Text ist unserer Ansicht nach ein politisch schwer zu lösender gordischer Knoten.

Vollmer: Es ist zwar nur ein kleiner Trost, wenn wir jetzt anstelle der verpassten Europadebatte hier wenigstens zur wichtigen Uruguay-Runde im Gatt diskutieren dürfen. Diese Gatt-Runde ist für die Schweiz ja nicht nur aussenwirtschaftlich, sondern auch in ihren Auswirkungen auf unser Land – und damit innenpolitisch – von grösster Bedeutung.

Es könnte ja reizvoll sein, jetzt auf dem Umweg der Gatt-Problematik doch noch die damit zusammenhängenden wichtigen europapolitischen Aspekte einzuflechten; denn in vielem sind die Problemstellungen ähnlich, respektive sie erfordern eine analoge Antwort und ein entsprechendes innenpolitisches Handeln.

Es scheint, dass man das jetzt auch bei den Bauern gemerkt hat. Wenn man die Begründung der Interpellation Wyss William hier gehört hat, spürt man daraus, dass man jetzt dort offensichtlich gemerkt hat, dass wir mit der Ablehnung des EWR unsere Position im Gatt keineswegs verbessert haben.

Ich bin weiss Gott kein Euphoriker eines ungehemmten, die regionalen, sozialen und demokratischen Strukturen missachtenden Welthandels. Aber eines ist im Gatt so klar wie in der Europafrage: Es geht nicht nur darum, zu fragen, wie gut oder weniger gut eine multinationale Institution ist; es geht darum, abzuschätzen, was eine Isolation sowohl für die Entwicklung dieser Organisation wie auch für unser Land in allen Aspekten bedeuten würde. Und da gibt es auch beim Gatt keine Zweifel: Gerade für unser Land, das aussenwirtschaftlich so extrem verflochten ist, kann es keine Alternative geben. Was hingegen beim Gatt not tut, ist insbesondere eine klare schweizerische Politik, welche die absehbaren negativen Auswirkungen dieses Gatt mit den innenpolitischen Vorkehrungen minimalisiert. Und da gibt es ja im Bereiche der Landwirtschaft – wir haben das gehört –, aber auch im Bereiche der Entwicklungspolitik einiges zu tun. Ohne wirksames Gegensteuer droht die Gefahr, dass beispielsweise verschiedene Lebensmittelbestimmungen durch den sogenannten Codex alimentarius ausgehöhlt werden. Wir wissen, dass sich innerhalb des Gatt gerade die industriellen Lebensmittelhersteller massiv durchgesetzt haben.

Vom Bundesrat ist deshalb heute zu verlangen, dass er in einem Bericht die möglichen Spielräume auslotet, in denen wir auch unter neuen Gatt-Bedingungen dafür sorgen können, dass nicht wir als Schweiz den unerwünschten Preis des Welthandels zahlen müssen. Der sogenannte Welthandel ist ja auf weiten Strecken alles andere als frei. Nicht nur die vorhandenen Marktmächte und -monopole werden dazu führen, dass wir keineswegs immer die schulbuchtheoretischen Segnungen des freien Marktes verspüren werden – ganz im Gegenteil. Solange die Wegekosten – weltweit noch viel weniger als bei uns – auch die sozialen und ökologischen Kosten beinhalten, wird das Ergebnis des Abbaus der sogenannten nichttarifären Handelshemmnisse noch lange nicht zu einem ökonomisch vernünftigen Ergebnis führen.

In jedem Fall verlange ich aber vom Bundesrat, dass er – nicht zuletzt in Respektierung des neuen Artikels 47bis a des Geschäftsverkehrsgesetzes – die parlamentarische Mitwirkung in diesem wichtigen Gatt-Bereich, auch im Hinblick auf die nächsten Abkommen, respektiert und auch ermöglicht. Es wäre interessant, dazu – über die schriftlichen Antworten hinaus – vom Bundesrat noch etwas mehr zu hören.

Ich war auch überrascht über die Fragen der CVP-Fraktion. Es kann tatsächlich nicht mehr darum gehen, dass wir in der Uruguay-Runde eine neue Verhandlungsstrategie aufzun. Heute kann es noch darum gehen, dass wir die Folgen dieser Uruguay-Runde für unser Land mit innenpolitischen Massnahmen abfedern, innenpolitisch eben entsprechend handeln, damit unser Land und vor allem die Bevölkerung in unserem Land nicht die möglichen schädlichen Folgen dieser sogenannten Liberalisierung des Welthandels tragen müssen.

Wir erwarten vom Bundesrat heute klarere Antworten, ein klareres Aufzeigen der Spielräume, die er mit dem Gatt-Abkommen hat, als das, was er uns in der Stellungnahme zur Interpellation der christlichdemokratischen Fraktion dargelegt hat.

Binder: Die geschlossene SVP-Fraktion erklärt sich mit der Interpellation Wyss William einverstanden. Auch wir vermissen eine klare Strategie, Herr Bundesrat. Allerdings könnte es sein, dass Sie eine haben. Falls ja, bitten wir Sie, uns diese bekanntzugeben. Andernfalls bitten wir Sie, raschmöglichst eine zu entwickeln.

Was heute über das Gatt gesprochen wird, scheint mir wichtig zu sein, und zwar aus folgenden Gründen:

1. Die Öffentlichkeit, das heisst das Volk, ist schlecht darüber informiert, was das Gatt ist, was es will, was die Auswirkungen auf die Schweiz und was die speziellen Auswirkungen auf die Landwirtschaft sind.

2. Der neue Gatt-Direktor, Peter Sutherland, will die Uruguay-Runde, das heisst die achte Welthandelsrunde, am 15. Dezember dieses Jahres zum Abschluss bringen. Dieser zeitliche Druck stammt zum guten Teil aus den USA, weil Präsident Clintons Mandat, das beinhaltet, dem Kongress das Gesamtabkommen als Gesamtpaket am 15. Dezember, vorzulegen, am gleichen Tag endet.

3. Im Vorfeld des Budgets 1994 bieten sich heute beste Möglichkeiten für alle, die Sie hier versammelt sind, Flagge zu zeigen, d. h., Vorschläge zu unterbreiten, wie die Schweizer Landwirtschaft nach einem allfälligen Gatt-Abschluss unter einkommensmässig vernünftigen Bedingungen weiterbestehen kann.

Die heutige Lage der Landwirtschaft erinnert stark an das «Lädelsterben», gegen das man sich auch wehrte, mit dem Erfolg, dass es trotzdem stattfand. Hinterher haben dies viele bedauert, vorab viele, die sich um den Laden nebenan zuwenig gekümmert haben.

Bei diesem Vergleich stellen sich darum einige Fragen: Wollen wir Ähnliches mit unserer einheimischen Landwirtschaft? Wollen wir für unsere bäuerlichen Familienbetriebe immer höhere Hindernisse bauen, die für viele zunehmend unüberwindbar werden? Wollen Sie die Verantwortung für den Einbruch einer tüchtigen, starken und qualitativ hochstehenden Landwirtschaft übernehmen? Wenn Sie das nicht wollen, dann müssen Sie reagieren auf das, was das vorliegende Gatt-Abkommen für die Bauern bringen will: einen Gatt-Vertrag, der für alle Staaten mit einer auf dem Familienbetrieb basierenden Agrarwirtschaft grosse Schwierigkeiten bringt. So sind denn auch die Bauernverbände und Organisationen in fast allen Staaten, selbst in den USA und Kanada, höchst beunruhigt.

Die Schweizer Bauern mussten in den letzten drei Jahren einen Einkommensverlust von 29 Prozent hinnehmen. Welche andere Branche hätte das so einfach hingenommen? Keine! Die Landwirtschaft ist sich aber der Wichtigkeit eines erfolgreichen Gatt-Abschlusses und dessen Bedeutung für die schweizerische Volkswirtschaft absolut bewusst. Ein solches am Ende von über 100 Staaten unterzeichnetes Abkommen wird eine markante Liberalisierung des Welthandels nicht nur mit Waren, sondern auch mit Dienstleistungen bringen.

Das angestrebte Abkommen wird ein Gesamtpaket sein. Es wird also keinem Teilnehmerstaat möglich sein, einzelne Teile

davon auszunehmen und andere nicht. Nach Vertragsabschluss haben die Unterzeichnerstaaten innert 18 Monaten den Vertrag innerstaatlich zu genehmigen und die Vereinbarungen in das nationale Recht zu übernehmen. Laut Bundesverfassung untersteht dieses Abkommen dem fakultativen Referendum.

Bei solch umfassenden Vertragswerken gibt es auch immer Gewinner und Verlierer. Verliererin ist momentan ganz eindeutig die Landwirtschaft. Sie wird durch tiefgreifende Einschränkungen betroffen.

Es stellt sich die Frage, ob die Schweiz zugunsten eines Gatt-Abschlusses den Preis von 2 bis 3 Milliarden Franken Einkommensausfall in der Landwirtschaft und Marktanteilsverluste im Umfang einer Produktion von 50 000 bis 100 000 Hektaren hinnehmen soll oder ob dieser Verlust durch die Vorteile in der übrigen Wirtschaft aufgefangen werden kann.

Gleichzeitig werden auch Ausnahmen gefordert, so etwa beim Abbau der internen Stützung für Milch und Zucker. Ein Hauptanliegen der Schweiz war es, die Multifunktionalität der Landwirtschaft einzubringen. Schöne Worte der Solidarität vermögen uns nicht zu überzeugen. Hier wollen wir Taten sehen.

Zusammenfassend halte ich folgendes fest:

1. Mit unserem heutigen tiefen Selbstversorgungsgrad sind wir in erster Priorität dafür, die Menge zu halten.
2. Den Besonderheiten des Produktionsstandortes Schweiz ist zwingend Rechnung zu tragen.
3. An den zehnjährigen Fristen ist dringend festzuhalten.
4. Die Multifunktionalität einer nachhaltigen Produktion ist in den Verhandlungen vehement zu vertreten.
5. Die Schutzklausel muss verbessert werden. Dies ist vor allem für die Schweiz mit einem kleinen Markt bei grossem Marktzutritt wichtig. Das gleiche gilt für die Friedens- und Entwicklungsklausel.
6. Der Gatt-Vertrag bedroht die bäuerlichen Familienbetriebe, die als landwirtschaftliche Betriebsform unbestritten gefordert werden: also hundertprozentige Kompensation des Ausfalls.
7. Die Schweiz muss sich dafür einsetzen, dass Massnahmen gegen Oekodumping gleichwertig behandelt werden wie Handelsregeln, das heisst, Massnahmen eines Staates zur Bekämpfung von Oekodumping dürfen handelspolitisch nicht geahndet werden.

Kühne: Ich gehe davon aus, dass Sie die Offenlegung meiner Interessenbindung von letzter Woche noch im Gedächtnis haben. Ich kann Ihnen nur sagen: Ich bin Milch- und Käsefachmann wie viele andere in diesem Saal auch.

Die Position der CVP-Fraktion ist eindeutig richtig und steht im Widerspruch zu den Positionen der Herren Moser, Baumann und Hämmerle. Herr Moser, es ist folgendermassen – ich möchte Ihnen das mit einem Beispiel erklären, das Sie sicher verstehen –: In den Gatt-Verhandlungen befinden wir uns jetzt an diesem Punkt, an dem der Katalog für ein neues Fahrzeug herausgekommen ist. Die Konditionen müssen jetzt noch ausgehandelt werden, und ob Handelsschluss am 15. Dezember ist, ist nach wie vor offen.

Zu den Fragen der Käsequalität: Wöchentlich sind Innovationen schweizerischer Herkunft auf dem Markt – und wem der Emmentaler nicht passt, der hat genügend Ausweichmöglichkeiten. Der Gatt-Vertrag gibt nicht automatisch Zugang zum europäischen Markt, auch nicht für Bioprodukte. Wenn die Schweiz im Bereich Landwirtschaft mit den USA verglichen worden ist, möchte ich hier einfach anfügen, dass in Westeuropa 5 Millionen Tonnen Käse produziert werden und die Schweiz zu diesen 5 Millionen Tonnen 42 000 Tonnen dazuliefert. Daran kann es also wirklich nicht liegen! Dann ist der Käse aus Rohmilch hergestellt, die in kleinen Betrieben erzeugt wird, und er wird in absolut kleinen Käsereien fabriziert. Wenn aus ideologischen Gründen nun Eigengoals für die Landwirtschaft und die kleinen Betriebe geschossen werden, kann ich das nicht verstehen.

Herr Bundesrat, Sie unterschätzen offenbar die negativen Auswirkungen Ihrer Offerte für die Landwirtschaft. Das Verteidigen dieser Position allein kann nicht die Zielsetzung sein. Sie haben anlässlich der Sitzung der Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) des Nationalrates in La Chaux-de-Fonds die

Gatt-bedingte Mengenreduktion mit 4,7 Prozent beziffert. Wir kommen zu anderen Zahlen: Im besten Falle wären es 6,5 Prozent – wenn Milch global gerechnet wird, also die Milchprodukte als eine Gruppe zusammengezählt und in Milchäquivalenten gewissermassen auf ein Produkt umgerechnet werden. Ist das nicht der Fall, werden die Auswirkungen noch gravierender.

Bei den Auswirkungen müssen Marktzutritt, Subventionierung der Exporte, interne Stützungen kumulativ gewertet werden. Zudem sind indirekte Wirkungen möglich: So kann eine geringfügige Verschlechterung der Position der landwirtschaftlichen Erzeugnisse verarbeitenden Industrie gemäss «Schoggi-Gesetz» die Konkurrenzfähigkeit entscheidend schwächen und zu Verlegungen des Standortes ins Ausland führen.

Die Auswirkungen werden für die Landwirtschaft in jedem Fall gravierend sein, denn es ist sehr einfach: Sehr viele Länder wollen Agrargüter exportieren, und die Zahl der zahlungsfähigen Abnehmer ist äusserst bescheiden. In dieser Interessenslage gibt es für die schweizerische Landwirtschaft nur mehr oder weniger zu verlieren. Dem stehen etwas vage Aussagen gegenüber, z. B. die Antwort auf die Interpellation Darbellay – wo es heisst, die Agrarmärkte könnten sich erholen, und dann würde das Preisniveau steigen – oder die Versprechungen bezüglich der Sektoren: Wenn es diesen gutgehe, würden sie vermehrt etwas für die Landwirtschaft tun.

Herr Bundesrat Delamuraz, Sie werden dereinst wohl nicht mehr Kapitän des EVD-Schiffes sein, wenn die Bauern für die übrige Wirtschaft ins eisige Wasser springen sollen. Vielleicht sind Sie dann Kapitän einer Jacht auf dem Lac Léman, was ich Ihnen durchaus gönnen mag; aber Sie müssen auch für die anderen sorgen. Längerfristig wird das Feilschen um Tarife nicht zum Erfolg führen, denn Tarife werden erodieren, und sie werden uns keinen Schutz mehr bieten. Es ist also bei der Milch der Weg über Ausnahmeregelungen zu suchen.

Präsident: Ich kann Herrn Kühne, Herrn Fasel und Herrn Schmid Peter zum Geburtstag gratulieren. *(Beifall)*

Herczog: Vier Bemerkungen zu diesen Interpellationen:

1. Die Position unseres Landes in der aktuellen Uruguay-Runde ist äusserst ungemütlich. Der EWR ist unter anderem von jenen abgelehnt worden, die heute das Gatt fordern und sich vor dem 6. Dezember 1992 als Bauernbeschützer präsentiert haben.

Die EWR- oder Euro-Debatte wurde hier in Genf abgelehnt, während erfolglos ein Bilateralismus versucht wird, andererseits aber keine politischen Konzepte für eine pragmatische Euro-Integration auf dem Tisch liegen. Gleichzeitig sind wir absolut von den Verhandlungspositionen der EG abhängig. Das Gelingen der Uruguay-Runde hängt also allein von der EG und den USA ab.

2. Die aktuelle Präferenzordnung ist falsch. Zugunsten der Entwicklungsländer müsste sie erweitert werden, und zwar müsste sie gerade auf die Agrargüter und die Rohprodukte ausgedehnt werden, damit die Produkte der Entwicklungsländer überhaupt einmal auf den Weltmarkt kommen. Aber gerade die Agrarprodukte stellen innerhalb der Wirtschaftsböcke heute den Hauptstreitpunkt dar. Wir haben das hier bei den Interpellationen auch gesehen.

3. Diese dringliche Interpellation, das wurde schon erwähnt, kommt etwas zu spät. Ich bin aber effektiv der Ansicht, dass wir bei einer nächsten Runde, falls eine solche kommen wird, die Rolle des Parlamentes klar definieren müssen – und zwar zuhanden der Rahmenbedingungen, damit die sozialen und ökologischen Bedingungen im Inland auch definiert werden können. Es ist ja heute offenbar so, dass auch im Rahmen des Gatt Innenpolitik durch Aussenpolitik bestimmt werden kann und bestimmt werden wird. Es ist unerlässlich, dass der Bundesrat uns für die nächsten Runden auch über die möglichen Spielräume und das informiert, was wir sozialpolitisch und ökologisch machen können.

4. Die Wirtschaftsböcke EG, USA und Japan stellen in dem Moment das Gatt in Frage, da aus binnenmarktpolitischen Überlegungen Gatt-Prinzipien nicht respektiert werden. Jene Länder, die nicht zu den Wirtschaftsböcken gehören – wie un-

ser Land auch –, werden Ergebnisse also einfach akzeptieren müssen. Hier kommt wieder der Zusammenhang zur Frage der europäischen Integration: Entweder suchen wir für unser Land die praktikabelste Europaintegration via EWR, oder wir sorgen dafür, dass die Gatt-Ordnung der Nachkriegszeit wirtschaftspolitisch aktualisiert wird.

Zusammengefasst: Wir können generell sagen, dass ein positiver Abschluss des Gatt für unsere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in der Schweiz mehr bringt als kein Abschluss, weil sonst auch Kapitalien weggehen, so dass unser Land derartigen sozialpolitischen Druckversuchen ausgesetzt ist, dass wir in enorme Schwierigkeiten und Auseinandersetzungen geraten werden. Für uns wäre es also eine Notwendigkeit, dass die Rolle der Schweiz im Hinblick auf die nächste Debatte vom Parlament so definiert wird, dass die sozialen und ökologischen Randbedingungen klar bestimmt werden.

M. Cavadini Adriano: On l'a déjà dit, le groupe radical soutient les accords du Gatt. Nous sommes conscients que le Gatt ne remplace pas l'Espace économique européen, mais c'est un autre pas dans la libéralisation des échanges de produits industriels. Le fait d'introduire des règles uniformes dans le jeu de la concurrence est un élément qui nous intéresse particulièrement. De plus, dans ces accords qui sont en train d'être négociés, il y a un volet concernant les services, un volet la propriété intellectuelle et un volet les investissements, qui sont des éléments nouveaux que nous devons appuyer.

Dans les services, par exemple, il y aura pour la première fois des règles claires. Avec les règles pour les produits industriels, cela nous permettra de nous insérer dans un marché global au niveau international et de rester compétitifs par rapport aux autres nations. Les règles du Gatt profitent à tous les pays, mais surtout aux petits pays, car elles garantissent que les grandes nations n'aient pas un comportement arbitraire, ou un comportement de fermeture, sur leurs marchés.

Si nous pouvons calculer les coûts du Gatt pour l'agriculture, il est plus difficile de le faire pour les services ou pour l'industrie, mais sur 15 volets et 26 accords, l'agriculture y est avec 1 volet et 3 accords. Nous voyons donc comment le Gatt intéresse en premier lieu toute l'économie suisse et l'enjeu est donc vital pour nos entreprises ainsi que pour nos places de travail, même s'il y a quelques problèmes et quelques inconvénients pour l'agriculture.

En conclusion, j'aimerais adresser trois questions au Conseil fédéral: quel est le calendrier interne qu'il prévoit, lors de l'aboutissement de ces négociations, pour la procédure que nous devons suivre en Suisse. Ensuite, quelles pourraient être la conséquence d'un refus du Gatt par notre pays et les conséquences en fonction aussi des anciennes règles du Gatt que nous avons encore aujourd'hui. Est-ce que ces règles resteront en vigueur ou bien ne seront-elles plus disponibles pour notre nation?

M. Delamuraz, conseiller fédéral: Ce débat me démontre tout d'abord que trois questions importantes demeurent encore sans réponse pour un certain nombre d'entre vous et doivent retenir notre attention d'abord. C'est à leur examen que je vais me livrer très rapidement. Dans un second temps, je répondrai à quelques questions spécifiques qui m'ont été posées avec plus ou moins d'élégance et avec plus ou moins de procès d'intention. Et je conclurai, si vous m'en donnez le temps.

La première question consistera à remarquer que le cycle de l'Uruguay Round n'est certes pas une négociation purement agricole et que ses résultats globaux sont pour notre économie en général d'une importance et d'une signification considérables. L'absence de résultats généraux pour le Gatt aurait pour notre pays un impact négatif proportionnellement plus grand qu'il n'en aurait sur des économies d'un type différent; sur des économies qui sont, moins que la nôtre, des économies à valeur ajoutée, et qui sont d'une dimension différente parce que largement autosuffisantes. Il s'agit de très grands pays à côté desquels la situation suisse est une situation de très forte interdépendance: 86 milliards de francs d'exportation de marchandises, chiffre d'aujourd'hui, 25 milliards de francs d'exportation de services. Nous pouvons continuer à

nous développer de cette manière au plan mondial, comme nous l'avons fait sur la base de règles générales du Gatt qui étaient valables pour tous, mais nous ne pourrions pas le faire demain avec des règles dépassées que d'autres pays, nos concurrents et nos partenaires, auraient abandonnées pour avoir accepté les conséquences de l'Uruguay Round. Que cela soit dit en toute clarté, nous avons intérêt, un intérêt vital – comme dirait M. Darbellay – à réussir cette opération pour que nous soyons à même de disposer de règles performantes, celles-là mêmes dont disposeront nos concurrents.

La deuxième remarque que je veux faire a trait, plus particulièrement, à l'agriculture. Voyez-vous, lorsque nous nous sommes décidés à entrer au Gatt, et que nous avons obtenu, en 1966, un statut particulier pour notre agriculture, que nous sommes les seuls au monde à avoir obtenu – le statut particulier des Etats-Unis est d'une nature différente –, eh bien, nous avons très largement protégé les intérêts de l'agriculture suisse. C'était sans doute légitime, mais cela l'a été au détriment d'autres secteurs de notre économie, et en particulier du secteur de l'exportation des biens qui s'est trouvé plus fortement confronté à la concurrence de nombreux exportateurs, plus mal placé que d'autres pays, d'autres concurrents de la Suisse qui disposaient, a priori, de taux de droits de douane meilleur marché et plus facilement accessibles. Il y a donc eu distorsion de la concurrence au détriment de la Suisse. C'était le prix que l'on payait pour une protection particulière de l'agriculture suisse. Nous n'avons pas à le regretter, certes pas, mais nous avons à nous dire, aujourd'hui, que la protection légitime de l'agriculture, d'une agriculture suisse qui connaisse la vitalité, doit être trouvée par d'autres moyens, et c'est en ceci que nous parlons d'une solidarité réciproque qui, véritablement, unit l'ensemble des secteurs de notre économie.

L'ajustement de l'agriculture suisse – et c'est ma troisième considération – est indispensable, nous le savons bien, et pas du tout, mais vraiment pas du tout, seulement parce que le Gatt l'aurait exigé et parce que nous passerions par toutes ses exigences à quelque prix qu'elles se situent. Nous le savons bien depuis la discussion du 7e rapport sur l'agriculture, il est indispensable que nous adaptions le secteur agricole comme nous l'avons décidé, et comme vous le faites en concrétisant maintenant par des décisions législatives les conclusions du 7e rapport sur l'agriculture.

Mais j'aimerais ajouter deux éléments essentiels: le premier, c'est que non seulement l'agriculture s'adapte et se tourne vers des structures le plus près possible du marché, mais les autres secteurs de l'économie aussi. Il est bien clair que pour l'industrie, et demain pour les services, la capacité d'être à la hauteur des conditions de demain, d'être concurrentiel et de supporter une concurrence redoublée – car c'est cela l'enjeu du Gatt, c'est cette multilatéralité et ce libéralisme qui sont nécessaires – exige aussi des autres secteurs une capacité d'adaptation, d'ouverture, et une force de concurrence qui ne sont pas automatiquement données.

Je voudrais par cela démontrer que l'agriculture n'est de loin pas le seul secteur de notre économie à devoir s'adapter: les autres secteurs doivent s'adapter, et comment! La différence est sans doute que cette adaptation est maintenant décidée d'une manière beaucoup plus résolue qu'elle ne l'était auparavant pour l'agriculture, et que pour les autres secteurs de l'économie, qui étaient déjà concernés par les rounds antérieurs du Gatt, c'est un élément moins neuf, moins inédit que pour l'agriculture.

J'aimerais ajouter une deuxième considération, parce que j'entends parfois dire que l'agriculture suisse serait en quelque sorte la seule victime de cette affaire et qu'elle ferait les sacrifices que les autres ne font pas: non seulement les autres secteurs doivent s'adapter, mais encore, et surtout, les agricultures de tous les pays du monde doivent également connaître ces adaptations. Vous voyez bien que, s'il y a de la résistance dans d'autres pays, c'est précisément parce que ces autres pays sont eux aussi soumis à ce processus d'adaptation et de transformation.

Ces trois questions fondamentales étant abordées, je répondrai tout d'abord à M. Hess Peter, qui s'est exprimé au nom du groupe PDC, que le Conseil fédéral tient à son offre d'avril

1992 en matière agricole. Lorsque plusieurs orateurs viennent me demander quelle est la stratégie du Conseil fédéral, je crois qu'il l'a expliquée à longueur de rapports annuels sur la politique économique extérieure, il l'a répétée à de répétées reprises devant les commissions spécialisées des deux Chambres, je peux encore vous la répéter ici: s'agissant du secteur agricole, plus particulièrement visé par M. Hess, le Conseil fédéral n'a pas bougé d'un iota, il reste attaché à son offre d'avril 1992. Cette offre réussira-t-elle, au bout du compte, dans tous ses éléments? Je ne peux pas le dire, la négociation n'est pas terminée. Ce que je peux vous dire, en revanche, c'est que le Conseil fédéral et ceux qui le représentent dans les négociations n'ont qu'un mandat et qu'ils s'y tiennent bec et ongles. Monsieur Hess, lorsque vous citez la France et sa démarche agricole actuelle, j'observe qu'elle présente aujourd'hui des propositions, des demandes et une offre, dans certains secteurs de l'agriculture, que nous avons présentées nous-mêmes en avril 1992 déjà, c'est-à-dire il y a bientôt dix-huit mois. Que cela soit dit, pour que l'on cesse une belle fois de décrire ce Conseil fédéral comme étant grisaille, peu déterminé, laissant aller les choses; il a été extrêmement clair et il continue de l'être.

Quant à M. Wyss William, qui est intervenu dans le même élan, je lui dirai que la politique claire et nette que nous avons choisie, pour les années qui viennent, est donc celle de la réduction des prix et non pas celle de la réduction des quantités. Cette réduction des prix fait l'objet, dans le plan financier 1994–1997 qui vous sera soumis, d'engagements très précis, de compensations indirectes sous la forme de paiements indirects, d'année en année, selon l'article 31a de la loi sur l'agriculture, de 707, 773, 798 et 798 millions de francs, tandis que pour l'article 31b, ce seront 114, 197, 322 et 472 millions de francs. C'est un engagement qui a été pris, c'est un engagement qui sera présenté incessamment à votre conseil, et c'est cela la stratégie du Conseil fédéral pour aider l'agriculture à se transformer, en particulier pour être compétitive dans le cadre du Gatt, mais indépendamment du Gatt, pour être définitivement hors de la zone d'économie de guerre dans laquelle nous l'avons maintenue pendant une soixantaine d'années.

A ces transformations soutenues par les paiements directs, qui portent prioritairement sur les prix et pas sur les quantités, j'ajoute les déréglementations qui se préparent dans les domaines en amont et en aval de l'agriculture, l'accroissement des efforts au niveau du marketing de l'agriculture et de ses produits en Suisse et à l'étranger, ainsi que l'adaptation des structures.

Monsieur Kühne, vous avez cité des chiffres en contestant ce qui avait été exprimé dans le cadre de la Commission de l'économie et des redevances siégeant à La Chaux-de-Fonds. Je peux vous dire que, en ce qui concerne le lait, l'offre suisse entraîne une réduction des contingents et des quantités, c'est vrai, mais de l'ordre de 4,5 à 5 pour cent à l'échéance de 2006. Une offre du Gatt et de Blair House plus rigoureuse, elle, nous entraînerait à une réduction plus importante à l'échéance de 2001 ou 2002 si l'Uruguay Round est terminé aujourd'hui et dans les semaines qui viennent.

Sachez, Monsieur Stucky, que de l'entretien que nous avons eu, M. le président de la Confédération et moi-même, il apparaît que M. Ogi a déclaré à l'issue de sa visite au Premier ministre de la République française, qu'il comprenait que la France veuille revoir l'Accord de Blair House, ce que contestent la Commission de la Communauté ainsi, naturellement, que les Etats-Unis, mais que cela ne nous concerne pas directement, car nous ne sommes pas de cet accord de Blair House. C'était donc un commentaire extérieur, qui n'entraîne aucune conséquence directe et pratique en ce qui concerne la Suisse.

J'observe, toujours pour rester dans le domaine agricole, que le taux d'autoapprovisionnement de la Suisse a augmenté, alors que nous nous étions engagés à le limiter, depuis le moment où nous sommes membres du Gatt, de 55 pour cent où il se situait, à quelque chose comme 65 pour cent aujourd'hui. Il n'est donc pas exact de dire que la perspective du Gatt, ou que la perspective des transformations que nous devons apporter à notre agriculture nous aurait conduits à pratiquer une politique restrictive dont l'agriculture suisse ferait les frais.

C'est tout le contraire qui s'est passé, en violation, il faut le dire, des accords que nous avons pris en 1966.

M. Wanner a abordé une question essentielle lorsqu'il a parlé de la clause de sauvegarde. J'aimerais vous dire que si la Suisse a obtenu un certain nombre de choses maintenant déjà, dans le cadre en particulier de la négociation de l'Uruguay Round du Gatt, elle va continuer sur une voie où elle a bien réussi jusqu'à maintenant, qui est la clause de sauvegarde. Nous jugeons comme insuffisante la clause de sauvegarde agricole telle qu'elle est prévue dans le projet d'acte final. Cette clause, s'il fallait l'appliquer, nous mettrait à découvert lorsque la part des importations par rapport à la consommation interne est importante, et nous travaillons d'arrachepied pour que cette clause de sauvegarde soit élargie et approfondie dans l'acte final de l'Uruguay Round.

Monsieur Darbellay, toujours pour rester dans l'agriculture, le système des trois phases est l'objet d'une demande d'exception de la Suisse, contenue dans son offre d'avril 1992, visant à ne tarifier le secteur fruits et légumes qu'après dix ans. Nous nous sommes également engagés à nous battre pour en demander le maintien. Car, voyez-vous, dans toute cette volonté de transformation des structures agricoles, il y a deux erreurs à ne pas commettre, et on les commettrait partiellement à suivre l'offre de base pour l'acte final. La première erreur, c'est de vouloir jouer plus vite que les violons et s'enfermer dans des délais trop courts pour qu'on puisse digérer ces transformations sans faire des dégâts. La deuxième erreur, c'est de parler d'une manière systématique qui ne tienne aucun compte d'un certain nombre de particularités nationales sur lesquelles nous voulons insister.

Cela m'amène à traiter d'un tout autre objet que l'objet agricole qui nous retient essentiellement cet après-midi, à savoir l'exception culturelle pour la Suisse, Monsieur Spielmann, comme pour d'autres pays. Les biens culturels commercialisables, les films, les vidéos, les programmes de télévision ne sont pas des marchandises, comme le disent tout à fait à tort les Etats-Unis. Nous voulons leur donner une dimension et une reconnaissance dans le cadre du Gatt des services, ce fameux Gats dont nous espérons qu'il sortira de l'Uruguay Round actuellement en train d'être finalisé.

J'aimerais, du même coup alors, insister sur le fait que, contrairement à ce qui a été affirmé à cette tribune, les pays en développement – qui n'ont jamais participé avant 1986 à quelque round que ce soit dans le cadre du Gatt – participent pour la première fois à cette discussion. Pour la première fois, la dimension de nos relations – pas seulement pour les produits agricoles, mais en général – avec ces pays entre dans nos réflexions et dans nos équations, et entrera dans le rapport final que nous attendons. C'est dire que nous sommes en présence d'un round tout à fait différent de ceux que nous avons conduits au succès auparavant, et que, dans cet esprit, nous pourrions disposer d'un accord international de plus grande signification et de plus grande dimension qu'auparavant.

J'aimerais, en terminant cette réflexion, dire à M. Cavadini Adriano que la forme de la présentation des résultats aux Chambres fédérales sera déterminée, naturellement, par le contenu qu'auront l'Uruguay Round et ce nouvel accord du Gatt. S'il est, comme nous l'espérons, un élément complet qui fasse avancer le commerce mondial et qui comprenne un certain nombre de décisions, le Conseil fédéral a l'intention de présenter simultanément aux Chambres fédérales deux messages, un message sur les résultats de ce cycle de l'Uruguay, et un message sur les adaptations de l'ordre juridique suisse, qui seraient rendues nécessaires par la ratification des résultats du round. Les droits populaires seront, naturellement, pleinement sauvegardés. C'est la première fois qu'une négociation du Gatt ferait l'objet d'une décision du Parlement en tant que tel, d'une décision d'espèce du Parlement, et les clauses du référendum, du référendum facultatif notamment, seront totalement sauvegardées.

L'hypothèse d'une réalisation des négociations vers la fin de l'année courante est possible. Je ne la tiens pas pour certaine, mais à supposer qu'elle se réalise, et que ce soit à la fin de cette année, en effet, que l'on puisse finaliser les négociations de l'Uruguay Round, alors ces messages dont je viens de vous

parler seraient soumis au Parlement, vraisemblablement vers la fin de l'année 1994. Il ferait l'objet d'un traitement parlementaire d'adaptation et de ratification du droit dans l'hiver 1994/95, selon toute vraisemblance. Il est clair que, si la date de la fin de cette année n'est pas tenue, le processus sera décalé d'autant. Il est clair aussi – hypothèse théoriquement retenant – que, si l'Uruguay Round capote finalement et ne conduit qu'à un petit constat et à un petit acquis, cette procédure de modification du droit intérieur serait réduite à sa plus simple expression. Il serait alors même possible qu'il n'y ait pas de décision parlementaire à prendre, l'Uruguay Round ayant vécu et étant remplacé ultérieurement, peut-être, par une autre négociation. Ça, c'est dans l'hypothèse où les choses ne se situeraient pas complètement.

J'aimerais – et ce sera véritablement la conclusion de ce que j'ai à vous apporter – dire que le succès du Gatt n'est pas seulement la réussite des secteurs traditionnellement exportateurs de notre économie ou traditionnellement investisseurs à l'étranger. C'est quand même le pays tout entier. Je ne vois pas que la politique décisive de transformation de l'agriculture – qui coûtera au budget public pendant quelques longues années assez cher, mais c'est juste – puisse s'accomplir si les secteurs des services et les secteurs de l'industrie sont si maltraités dans le monde qu'ils dépérissent et qu'ils ne peuvent pas assurer à ce pays le bien-être auquel son ingéniosité, son inventivité et son travail peuvent légitimement le porter.

J'aimerais vous dire que, dans cette perspective, ce que nous avons enregistré comme résultat aujourd'hui – par rapport à ce à quoi nous étions confrontés au début – n'est pas encore totalement satisfaisant du point de vue des intérêts suisses. Mais, il y a eu de singuliers progrès. Je vous rappelle, mesdames et messieurs qui vous intéressez à l'agriculture, qu'au début de la négociation on ne nous demandait rien d'autre, dans un délai de dix ans, que la suppression pure et simple de tous les droits de douane et rien d'autre, dans un délai de dix ans, que la suppression pure et simple des subventions. Je crois que le travail que nous avons fait avec d'autres pour que des solutions aussi barbares que celles-ci soient abandonnées a porté ses fruits. Même si nous ne sommes pas arrivés, encore maintenant, à réussir toutes nos opérations, vous voyez qu'il y a eu de singuliers progrès dans cette démarche. Nous l'avons redit personnellement lors de la visite du nouveau directeur général du Gatt à Berne, il y a trois semaines.

Nous avons poursuivi notre politique de contacts bilatéraux. Nous avons poursuivi notre politique de rapprochement avec ceux des membres du Gatt qui ont des intérêts communs et convergents avec les nôtres. C'était la seule politique à conduire. Je vais vous dire que cette politique – en particulier dans le secteur de l'agriculture – était non seulement indispensable du point de vue de l'économie, mais aussi du point de vue de la société. Car en effet, ce que nous défendons, ce n'est pas seulement une agriculture prospère et productrice, c'est aussi une société rurale, c'est aussi un peuplement dans les régions de montagne ou des préalpes, c'est aussi un art de vivre. Nous revendiquons le droit à la différence, car les données dans ce domaine sont, pour une société comme la société suisse, totalement différentes de ce qu'elles sont pour la société américaine par exemple. Alors, que nous ayons sans doute les mêmes nécessités économiques à accomplir – chacun à son échelle –, nous en tombons d'accord. Mais que certaines spécificités nationales – je pèse le terme – puissent être prises en compte, voilà aussi qui fait partie de la culture tout simplement, et pas seulement de l'agriculture.

C'est dire qu'il y a des raisons fondamentales – en plus des bonnes raisons de défendre l'agriculture suisse –, plus générales, qui ont milité pour notre action.

Interpellation Darbellay Gatt. Uruguay-Runde und Entwicklungspolitik

Interpellation Darbellay Gatt. Uruguay Round et politique de développement

In	Amtliches Bulletin der Bundesversammlung
Dans	Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale
In	Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale
Jahr	1993
Année	
Anno	
Band	IV
Volume	
Volume	
Session	Herbstsession
Session	Session d'automne
Sessione	Sessione autunnale
Rat	Nationalrat
Conseil	Conseil national
Consiglio	Consiglio nazionale
Sitzung	10
Séance	
Seduta	
Geschäftsnummer	93.3056
Numéro d'objet	
Numero dell'oggetto	
Datum	04.10.1993 - 15:30
Date	
Data	
Seite	1796-1808
Page	
Pagina	
Ref. No	20 023 202

Dieses Dokument wurde digitalisiert durch den Dienst für das Amtliche Bulletin der Bundesversammlung.
Ce document a été numérisé par le Service du Bulletin officiel de l'Assemblée fédérale.
Questo documento è stato digitalizzato dal Servizio del Bollettino ufficiale dell'Assemblea federale.